Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungsbeilage (Donnerstag), Die Zeit im Bild (Freitag), Landmanns Sonntagsblatt (Samstag)

Nr. 47 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | **Burscheid, Donnerstag, 25. Februar 1932** | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | **72. Jahrgang**

Unerhörte Tumulte im Reichstag

Das Ergebnis des zweiten Debattiertages

Wer geglaubt hatte, daß den Vorgängen in der ersten Sitzung des Reichstages eine sachliche Arbeit folgen würde, hat leider nicht Recht behalten. Abgesehen von den beiden Erklärungen Dr. Groeners, der in seiner ruhigen und selbstverständlichen Art starken Eindruck machte, und abgesehen von den Reden einiger alter Parlamentarier von Ansehen und Rang, war das äußere Bild der Verhandlungen am Mittwoch noch weniger schön als am Dienstag.

Kam es am Dienstag nur zu einer Unterbrechung der Sitzung, so folgten am Mittwoch drei aufeinander.

Es begann gleich im Zusammenhang mit den Ausführungen Dr. Breitscheids, die zweite bei dem Zusammenstoß Dr. Webers mit den Nationalsozialisten, und schließlich erreichten die Lärmszenen ihren Höhepunkt, als Reichstagspräsident Löbe dem Nationalsozialisten Rosenberg das Wort entzog.

In parlamentarischen Kreisen wird dieser Verlauf der Sitzung außerordentlich bedauert.

Immerhin hat der Mittwoch

zwei wichtige politische Ergebnisse

gezeitigt, einmal die

Vereinigung der Verstimmungen,

die sich durch den

Groenererlaß

zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichswehrminister herausbildeten. Aus der Erklärung des Ministers, wie aus dem ganzen Ton, auf den die Rede Dr. Breitscheids gestimmt war, ergab sich, daß aus diesen Dingen keine Schwierigkeiten für die Regierung Brüning mehr zu erwarten sind. Außerdem ließ die Rede des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Dr. Bredt erkennen, daß auch

die Wirtschaftspartei der Reichsregierung das Vertrauen nicht versagen

wird. Wenn man in den letzten Tagen auch kaum ernstlich mehr befürchtet hatte, daß von diesen beiden Seiten her eine ernste Gefahr für das Kabinett entstehen würde, so hat die Entwicklung doch endgültig Klarheit geschaffen. Das ist nach Auffassung parlamentarischer Kreise, die der Reichsregierung nahestehen, immerhin ein begrüßenswertes praktisches Ergebnis. Am Donnerstag wird nun der Kanzler seine Rede halten. Sie wird vor allem auch eine Erwiderung auf die Kritik des deutschnationalen Abgeordneten Freytagh-Loringhoven sein. Spätestens am Freitagnachmittag wird der Reichstag dann nach den Abstimmungen auseinandergehen.

Die große Aussprache

Bei Eröffnung der Sitzung erklärt **Reichstagspräsident Löbe**, die Störungen in der Dienstag-Sitzung gäben ihm Veranlassung, für den Fall der Wiederholung solcher Störungen die schärfsten Maßnahmen anzukündigen.

Reichswehrminister Groener

nimmt zu folgender Erklärung das Wort: In der gestrigen Sitzung hat der Abgeordnete

Dr. Göbbels

nach Feststellung des Aeltestenrates folgendes gesagt:

„Sage, wer dich lobt, und ich sage dir, wer du bist. Hindenburg gelobt von der Partei der Deserteure".

Ich ergreife die Gelegenheit, wo Dr. Göbbels wieder anwesend ist, auf dieses Wort noch einmal einzugehen. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird es als eine Ungeheuerlichkeit auffassen, wenn der oberste Soldat des Krieges, der Sieger von Tannenberg, der Mann, der sich freiwillig zu Anfang des Krieges in den Dienst des Vaterlandes gestellt hat, der Mann, der diesen Dienst auch dann nicht verlassen hat, als alles zusammenbrach (stürmischer Beifall bei der Mehrheit, lärmende Zurufe bei den Nationalsozialisten) wenn Hindenburg in irgendwelche Beziehung mit dem Wort „Deserteur" gebracht wird. (Rufe bei den Nationalsozialisten: „Das ist nicht geschehen".) Diese Beleidigung, die ein Mann auszusprechen wagt, der selber den Krieg nur vom Hörensagen kennt, (lebhaftes sehr richtig! bei der Mehrheit, lärmender Widerspruch bei den Nationalsozialisten) kann zwar der Größe der Leistung des Generalfeldmarschalls ebensowenig anhaben wie der Verehrung, welche das deutsche Volk vor seiner Pflichterfüllung in Krieg und Frieden erfüllt. Aber als Mitglied der Reichsregierung und als Vertreter der deutschen Wehrmacht habe ich

die Pflicht und den Auftrag, diese ungeheuerliche Aeußerung des Abgeordneten Göbbels als eine Beleidigung nicht nur des Herrn Reichspräsidenten, sondern des deutschen Volkes zu kennzeichnen

(Stürmischer Beifall bei der Mehrheit, Rufe bei den Nationalsozialisten: Das stimmt ja nicht!) und sie auf das schärfste zurückzuweisen

Präsident Löbe erklärte unter dem Beifall der Mehrheit, er weise die Abgeordneten Dr. Ley (Nat. Soz.) und Kleiner (D. N.) wegen dauernder Störung und beleidigender Zurufe aus der Sitzung aus.

Abg. **Dr. Frick** (Nat. Soz.) protestierte kurz gegen die Ministererklärung, aber der Präsident sagte, er lasse persönliche Bemerkungen jetzt nicht zu.

Als nächster Redner erhielt dann

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

das Wort. Die Nationalsozialisten schickten sich an, ihrer früher verkündeten Taktik gemäß den Saal zu verlassen. Sie wurden aber von einzelnen ihrer Mitglieder zurückgehalten und nahmen nun Zeitungen in die Hand, um ihr Desinteresse an der Rede zu zeigen. Dazwischen kam es immerwieder zu Zurufen und lautem Gemurmel.

Die Frage des Präsidenten **Löbe**, welcher Abgeordnete soeben den Minister Gröner als „typischen Schieber" beschimpft habe, wurde nicht beantwortet.

Abg. **Dr. Breitscheid** (Soz.) führt u. a. aus, die Sozialdemokraten hätten vor sieben Jahren allerdings die Kandidatur Hindenburgs bekämpft, wenn sie ihn auch nie so beschimpft hätten, wie die Leute der Rechten den ersten Präsidenten Ebert. Die Leute, die von ihrem damaligen Kandidaten Hindenburg einen Bruch der Verfassung und des Eides auf die Republik erwarteten, seien unangenehm, die Verfassungsfreunde angenehm enttäuscht worden. Hindenburg steht nicht auf der politischen Linie der Sozialdemokratie, aber er bietet für die Aufrechterhaltung der Verfassung die Gewähr. Darum stellen ihm die Harzburger und die Kommunisten Gegenkandidaten gegenüber. Düsterberg und Thälmann kommen ernsthaft nicht in Frage, sondern fallen unter die Rubrik „ferner liefen" (Heiterkeit). Wir freuen uns, daß als ernsthafter Gegner Hindenburgs Hitler selbst auftreten will. Wir freuen uns, daß Hitler selbst sich die Niederlage holt und nicht ein Offizier Hitlers. Hitler hat es allerdings noch nicht für nötig gehalten, sich um die deutsche Reichsangehörigkeit zu bemühen, wie es jeder andere Mensch tun muß. Bei ihm langt es zum Gendarmen, aber nicht zum Reichspräsidenten.

Die Unruhe in den Reihen der Nationalsozialisten hat sich bei diesen Ausführungen verstärkt. Es kommen keine Zwischenrufe, aber das immer mehr anschwellende „Volksgemurmel" erschwert es dem Redner, sich verständlich zu machen.

Präsident Löbe erklärt dem nationalsozialistischen Abgeordneten Vetter: Ich habe festgestellt, daß Sie aus einer Reichstagsdrucksache laut vorgelesen haben. Das ist ein bewußter Versuch zur Störung der Verhandlung und ich schließe Sie deswegen aus der Sitzung aus.

Mehrere Nationalsozialisten protestieren. Einer ruft: „Gestern war es doch viel lauter!" **Löbe** antwortet: „Ja, darum habe ich heute strenge Maßnahmen gegen die Wiederholung des gestrigen Lärms angekündigt!"

Mit dem ausgewiesenen Abg. Vetter zusammen

verlassen die Nationalsozialisten den Saal.

An der Tür rufen sie noch einmal zurück: „Schieber!" Aus dem Zentrum kommt der Gegenruf: „So sehen also die Erneuerer Deutschlands aus!"

Die Deutschnationalen schließen sich dem Auszug an.

Abg. **Dr. Breitscheid** (Soz.) erörtert in der Fortsetzung seiner Rede die Folgen, die sich aus einem Hitlersieg bei der Reichspräsidentenwahl für die deutsche Innen- und Außenpolitik ergeben würden. Innenpolitisch würde in einem solchen Falle das Fundament der Weimarer Verfassung zerstört sein. Wir wollen um des Staates und des Volkes willen den nationalsozialistischen Faschismus von der Macht fernhalten. Deshalb werden wir für den Präsidentschaftskandidaten stimmen, der die meiste Aussicht hat die Mehrheit der Stimmen gegen den Faschismus zu sammeln.

Reichswehrminister Groener

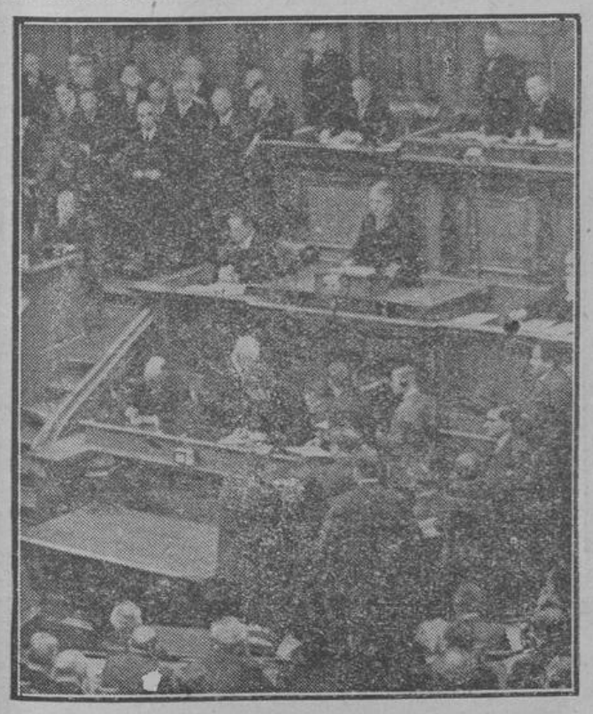
erwidert auf Ausführungen des Abg. Dr. Breitscheid zu dem jüngsten Reichswehrerlaß. Die Erklärungen des neuen Reichsbannerführers Höltermann hätten ergeben, daß das Reichsbanner sich nicht mit der Aufstellung von illegalen Polizeitruppen befassen wolle, ebenso wolle er sich nicht illegal mit militärischen Organisationen befassen. Wenn der neue Bundesführer des Reichsbanners diese Richtlinien in seinem Bunde durchzusetzen in der Lage ist, so wird er der öffentlichen Ruhe dienen, zu deren Aufrechterhaltung im Falle der Not allein die gesetzlichen Machtmittel des Staates ausreichen. In diesem Sinne habe ich in meinem Antwortschreiben an Herrn Höltermann seine loyale Erklärung begrüßt. Weiter ist zu sagen: Sie (zu den Soz. gewandt) unterstellen einen Kurswechsel des Reichswehrministeriums. An einen Kurswechsel denke ich nicht. (Widerspruch bei den Komm.) Der Kurs geht geradeaus zum Wohle des Staates

Ich kenne nur den Weg der Verfassung.

Auf diesem Wege bin ich

gewillt, die Machtmittel des Staates nötigenfalls ohne Zögern und rücksichtslos einzusetzen.

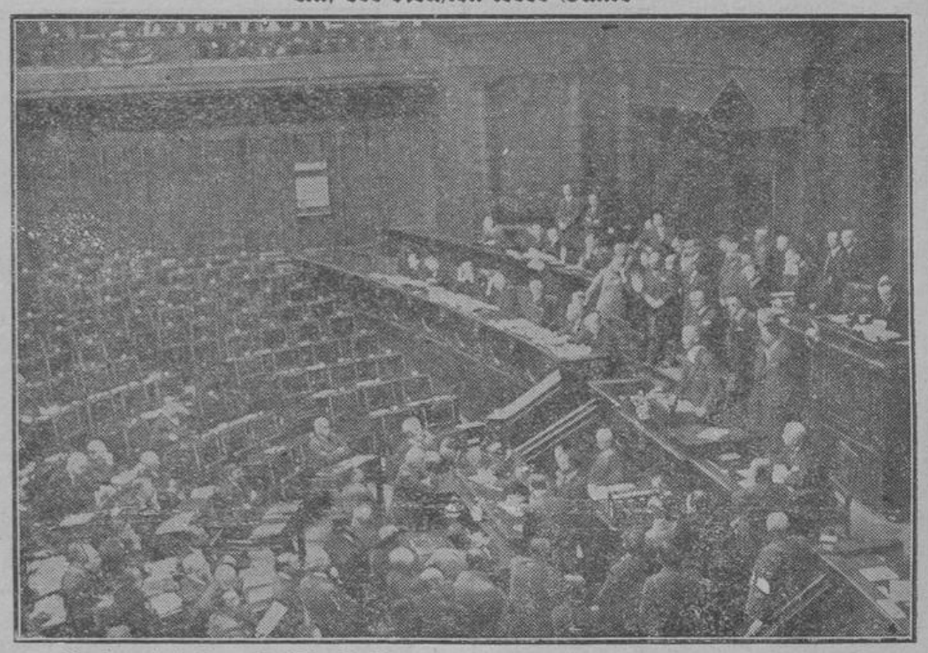
Mein Standpunkt über Einstellung in die Wehrmacht ist im Grundsatz unverändert, wie ich ihn im Herbst unter dem lebhaften Beifall der Mehrheit dieses Hauses hier festgelegt habe. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze gebietet jetzt die Einstellung in die Wehrmacht auch für Angehörige der nationalsozialistischen Partei bei einschneidenden Sicherungen. Ich habe niemals



Reichswehrminister Groener spricht

Reichswehrminister Groener bei der Abgabe seiner Erklärungen gegen Goebbels und seinen Ausführungen über den Reichswehrerlaß bezüglich der NSDAP

Auf der Rechten leere Bänke



Als der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid am Mittwoch seine Rede im Reichstag begann, verließ die gesamte Rechte — Nationalsozialisten und Deutschnationale — den Sitzungssaal.

meine Hand zu einem politischen Geschäft auf dem Rücken der Wehrmacht geboten

Die Wehrmacht steht über den Parteien. Vorbedingung für den Eintritt in sie ist der Verzicht auf jegliche Zersetzungsarbeit.

(Rufe bei den Komm.: „Das haben Sie ja gar nicht nötig!") Die hier wiederholt abgegebenen Erklärungen des Führers der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und sein Bekenntnis zur Legalität, erstmals durch den Bruch mit dem radikalen Führer Stennes dargetan, zeigen, daß der Führer der NSDAP. bestrebt ist, illegale Elemente aus seiner Partei auszuschließen. Das stellen auch die Entscheidungen des Reichsgerichtes ausdrücklich fest. Diese Tatsachen haben mich bestimmt, das Ehrenrecht der Landesverteidigung auch den Angehörigen der NSDAP. nicht länger vorzuenthalten. Die Befürchtungen aus diesem Anlaß begreife ich nicht. Der Erlaß hat alle Sicherungen getroffen. Der Minister wiederholt noch einmal die Bestimmungen des Erlasses und betont, daß die unveränderte unpolitische Haltung der Reichswehr gesichert bleibt. (Unruhe bei den Kommunisten.) Die Reichswehr ist seit ihrer Bildung zielbewußt aus der Politik herausgeführt und nur auf den Staat und die sachliche Leistung eingestellt worden. Dieses Ziel ist ganz erreicht. Wenn etwa Elemente, die nicht in die Reichswehr gehören, sich trotz aller Sicherungen einschleichen sollten, so wird der gesunde Körper der Wehrmacht sie ausscheiden. Die Befürchtung, daß die Reichswehr politischen Einflüssen ausgeliefert wird, ist grundlos. Ein Reichswehrminister zerschlägt nicht die eigene, hart geschmiedete Waffe. (Beifall und Lachen.)

Abg. Dr. Bolz (Ztr.)

sagte u. a.: Jede Kritik sollte ihre Grenze da finden, wo das nationale Interesse geschädigt wird. Ihre Kritik (zu den Nationalsozialisten) ist grenzenlos, gewissenlos, rein negativ, ohne Inhalt, ist nichts als Verhetzung, Vergiftung, Zerstörung. (Beifall im Zentr.) Während die Aufgaben der Stellung des Reichspräsidenten gerade von der rechten Seite vor sieben Jahren in einer gewissen Ueberparteilichkeit gesehen wurden, wollen jetzt dieselben Kreise das Amt des Reichspräsidenten mit parteipolitischen Bindungen versehen. Man mutet dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu, daß er die Regierung Brüning zum Teufel jagt, aber man kann nicht einmal plausible Gründe dafür angeben. In den entscheidenden Fragen der Politik, vor allem in der Reparations- und Abrüstungspolitik, gibt es im Volke gar keine Meinungsverschiedenheit mit der Regierung. Kein Mensch kann auch ehrlicher Weise eine Partei oder eine Regierung verantwortlich machen für das Elend, in das wir hineingeraten sind. Der Ruf nach dem Sturz des alten Systems wird ausgestoßen, ohne daß die Propagandisten des neuen Systems sagen können, wie sie es anders oder besser machen wollen. Sie wollen nur unter allen Umständen an die Macht, ohne daß sie sagen, was sie mit dieser Macht anfangen wollen. Unsere Aufgabe ist es, den Versuch zu machen, die Dinge zu bessern. Die Sanierung der Finanzen darf gewiß nicht Selbstzweck sein, aber sie ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Sanierung der Wirtschaft. Das ist unsere schwerste Aufgabe. Die Regierung hat bewiesen, daß sie den Mut hat, einzugreifen. Ich bitte den Kanzler, seine Maßnahmen dem Volke so darzustellen, daß ihm ein Hoffnungsstrahl winkt. Auch in der Notzeit brauchen wir wirtschaftliche Freiheit. Wir sind unfrei geworden durch die Wirtschaftspolitik der anderen um uns herum. Das Ziel einer gesunden Wirtschaftspolitik darf nicht sein die möglichst rasche Steigerung des Reichtums und der Lebenshaltung: Mehr wert ist die Beständigkeit und die Gleichmäßigkeit unserer Wirtschaft und die Sicherung gegen die ständige Krisengefahr. Darum darf nicht einseitig die Exportwirtschaft bevorzugt werden, sondern wir müssen nach Möglichkeit unseren Binnenmarkt stärken. Wir brauchen vor allem eine Einschränkung der Einfuhr aus dem Auslande. Das bedeutet nicht Autarkie, denn Autarkie ist Utopie. Wir bedürfen auch einer anderen inneren Einstellung bei den Handelsvertragsverhandlungen, eine andere Zielsetzung. In der Agrarpolitik müssen wir hinsichtlich der Ernährung mindestens unabhängig vom Auslande werden. Solche Agrarpolitik ist auch die Grundlage einer dauerhaften Siedlungspolitik. Unsere zweite Aufgabe ist die Verhinderung der Proletarisierung noch weiterer Kreise und die Schaffung und möglichste Neubildung und Erweiterung der selbständigen Kreise des Mittelstandes. Der Mittelstand ist in der Gefahr, die Zinsen, Amortisationen und Steuern nicht mehr aufbringen zu können. Es wird zu prüfen sein, was hier an Erleichterungen geboten werden kann. Wir müssen mit der Deflation jetzt Schluß machen, soweit nicht Ereignisse und Vorgänge außerhalb unserer eigenen Wirtschaft uns in eine andere Richtung zwingen. Wir möchten auch wünschen, daß Schluß gemacht wird mit dem Inflationsgerede. In der Zinsfrage ist noch ein Weiteres zu tun. Das Zentrum ist zur Zusammenarbeit mit jeder Partei bereit, die auf dem Boden der Verfassung aufbauende Arbeit leisten will. Wollen das die Nationalsozialisten? Ihr Programm ist widerspruchsvoll. Einen so geheimnisvollen und dunklen Weg lehnt das Zentrum ab. (Zuruf rechts: Gott sei Dank.) Der Druck, der auf unserem Volke liegt, wird durch die politische Verhetzung verschärft. Die Regierung war gezwungen, die Presse- und Versammlungsfreiheit teilweise einzuschränken. Wir müssen fordern, daß der Staat seine Autorität um so stärker zeigt, je mehr die Volksmassen verhetzt werden.

Abg. Dr. Freiherr von Freytagh-Loringhoven (Dnatl.):

Bei den Präsidentschaftswahlen geht es um die Aufrechterhaltung des heutigen Regimes. So verheerend dieses System sich innen- und wirtschaftspolitisch ausgewirkt hat, muß es doch vor allem um seiner Außenpolitik willen bekämpft werden. Diese Außenpolitik stellt eine Kette von Mißgriffen und Niederlagen dar, und sie bringt die letzten deutschen Möglichkeiten parteipolitischen Zielen zum Opfer. Das gilt vor allem für die große Aktion des vorigen Jahres, die Zollunion. Das Wiener Protokoll wurde vorzeitig und ungeschickt in unfertiger Form veröffentlicht. Vor dem ersten französischen Widerspruch wich man zurück. Curtius wurde in die Wüste geschickt, obgleich Brüning für die Aktion voll verantwortlich war und die Schuld auf sich geladen hatte, daß er im letzten Stadium seinem Außenminister die erbetenen Instruktionen verweigerte. Als dann die Hooveraktion kam, hat Brüning der Sabotage dieses Planes durch Frankreich nicht nur keinen Widerstand geleistet, sondern Frankreichs Isolierung durch seine Rundfunkrede und die Regierungskundgebung vom 7. Juli wieder beseitigt und Hoover dadurch vor den Kopf gestoßen. Der Reichskanzler hat die französische Forderung angenommen, daß bei den deutsch-französischen Besuchen von Abrüstung und Tributen nicht gesprochen werden dürfe. Statt dessen hat er unter dem Schlagwort der internationalen Zusammenarbeit das deutsch-französische Wirtschaftskomitee eingesetzt. Dadurch erhielt Laval die Möglichkeit, sich von Hoover freie Hand gegenüber Deutschland geben zu lassen. Angesichts dieser Sachlage hat Brüning dann nicht versucht, im Einvernehmen mit anderen Mächten die Tributfrage aufzurollen, sondern hat unter französischem Druck die Baseler Tributbank angerufen und hat den uns ungünstigen Baseler Bericht annehmen lassen. Dann folgten die gegen alle diplomatischen Regeln verstoßenden Verhandlungen mit den französischen und britischen Politikern. Es kamen rätselhafte Indiskretionen und es kam die Erklärung, daß Deutschland keine Tribute mehr zahlen könne. Dadurch erhielt Frankreich die Möglichkeit, die Lausanner Konferenz einfach zu sabotieren. Wenn nun die Konferenz Ende Juli zusammentritt, stehen wir unter dem Druck des Ablaufes des Hooverjahres und befinden uns dadurch in der denkbar ungünstigsten Lage. Zwei Tage vor dem Besuch der französischen Minister beim Reichspräsidenten ging durch die Presse die augenscheinlich inspirierte Notiz, daß die Franzosen die Kriegsverbrecherliste kassiert hätten. Die Nachricht war falsch. Der Reichspräsident ist dadurch irregeführt worden. Auf der Abrüstungskonferenz hat Brüning eine populär-philosophische Rede ohne Saft und Kraft gehalten und hat es Grandi und Apponyi sagen lassen, was Deutschland hätte sagen müssen. Im gegenwärtigen Augenblick treten diese Dinge zurück hinter den Vorgängen im Osten. Der litauische Putsch bedeutet einen Faustschlag ins Gesicht des Deutschen Reiches. Das Auswärtige Amt war gewarnt, hat aber die Dinge schwimmen lassen. Die Klage in Genf hat zu einem vollen Mißerfolg geführt. Durch den russisch-polnischen Nichtangriffspakt, den das Auswärtige Amt sogar freudig begrüßte, hat Polen die Hände gegen Deutschland frei bekommen. Wir wissen, daß es Truppen an der deutschen Grenze ansammelt. Wir können damit rechnen, daß es losbricht. Freilich wird es keine wehrlose Beute finden. Die Welt soll wissen, daß auch ein waffenloses Deutschland mit der Kraft der Verzweiflung um sein Dasein ringen wird. Im Weltenbrand, der dann entfacht wird, wird Europa zugrunde gehen. Aber wir erheben Anklage gegen diese Regierung, die durch Schwäche und Ziellosigkeit es dahin hat kommen lassen. Der Sturz dieses Systems ist das Ziel des Wahlkampfes, der jetzt beginnt. Es ist die tragische Schuld des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß er dieses System gestützt hat.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftspartei):

Das Kabinett Brüning sei vom Reichspräsidenten von Hindenburg berufen worden als ausgesprochenes Rechtskabinett. Einem solchen Kabinett hätten die Deutschnationalen sich anschließen müssen. Wenn Hugenberg das ablehnte, dann trage er selbst die Schuld an der Entwicklung der Dinge. Die Rechnung auf eine koalitionsmäßige Einbeziehung der Nationalsozialisten sei doch offenbar undurchführbar. Wenn in Hessen eine solche Koalition nicht möglich war, ja wenn in der Reichspräsidentenkandidatur nicht einmal unter den Angehörigen der Harzburger Front sich eine Einigung mit den Nationalsozialisten erreichen ließ, wie soll da eine Regierungskoalition mit den Nationalsozialisten möglich sein? Die Programmforderungen der Nationalsozialisten laufen hinaus auf die Vernichtung des kapitalistischen Systems und auf die Durchführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Weil die Regierung Brüning eine Partei mit solchen Forderungen nicht in die Regierung mit hineinnehmen will, darum beantragt nicht nur die Deutschnationale, sondern auch die Deutsche Volkspartei ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brüning. Es ist immerhin interessant, daß die Hereinbringung einer sozialistischen Partei in die Regierungsmacht gerade verlangt wird von dem Abgeordneten Schmid, der innerhalb der Deutschen Volkspartei der besondere Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ist. (Hört! hört!) Bei dem Antrag, der den Reichspräsidenten um Auflösung des Reichstages ersucht, haben die Antragsteller wohl nicht gedacht, daß die Auflösungsorder des Reichspräsidenten der Gegenzeichnung des Reichskanzlers Dr. Brüning bedürfen würde. Die Deutschnationalen haben immer mehr Macht für den Reichspräsidenten verlangt. Ihr Verhalten jetzt beweist, daß sie diese Forderung in der Weise auslegen: „Und der Könia absolut, wenn er unseren Willen tut!"

12000 Gläubiger

beim Vergleichstermin der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz anwesend

Zu dem gerichtlichen Vergleichstermin der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz A.-G., Berlin, in der Ausstellungshalle am Kaiserdamm hatten sich etwa 12000 Gläubiger eingefunden. Zunächst wurde der bekannte Vergleichsvorschlag verlesen, für den das Reich die Garantie übernommen hat. Hiernach erhalten die Gläubiger insgesamt 30 %.

Die beiden Vertrauenspersonen, R.-A. Dr. Meyer und Dr. Maas, gaben ein Bild von der Entwicklung des Instituts bis zur Zahlungseinstellung. 50 Prozent der Stammaktien und 166 000 RM. Vorzugsaktien befanden sich im Besitz des Vorstandes Willy Seiffert. Nach den Satzungen besaß Seiffert die alleinige Verfügungsgewalt. Da die Bank Zinsen zahlte, die weit über den normalen Sätzen anderer Banken lagen, konnte sie ihre fremden Mittel von 6 Millionen RM. im Jahre 1924 auf 88 Miuione RM. im Jahre 1931 steigern. Das Anlagegeschäft kam hingegen nur zum kleinsten Teil den Haus- und Grundbesitz zugute, dessen nur 4 Millionen RM. der Gesamteinlagen von 62 Millionen RM. betrug. Die Kredite wurden an rund 18 Tochtergesellschaften als Großkredite gegeben, von denen wiederum die Berliner Gesellschaft für Aktienverwertung und Verwaltung, die Seiffert und seiner Frau gehört, rund 11,2 Millionen RM. Kredite erhielt.

Die Vertrauenspersonen und der Gläubiger-Ausschuß haben sich bemüht, vom Reich eine Erhöhung der Garantiequote zu erlangen. Diese Bestrebungen waren nicht erfolgreich, da die Kassenlage des Reiches nur da ein Eingreifen gestattet, wo Interessen der Gesamtwirtschaft bedroht erscheinen.

Dr. Maas empfahl der Versammlung die Annahme des Vergleichsvorschlages.

Nach mehrstündigen Verhandlungen für und gegen den Vertagungsantrag ergab eine

Zwischenabstimmung eine überwältigende Mehrheit für sofortige Annahme des Vergleichsvorschlages.

Auf Antrag von fünf Gläubigern der Opposition mußte das Gericht in die

Nachprüfung der 36 000 Konten

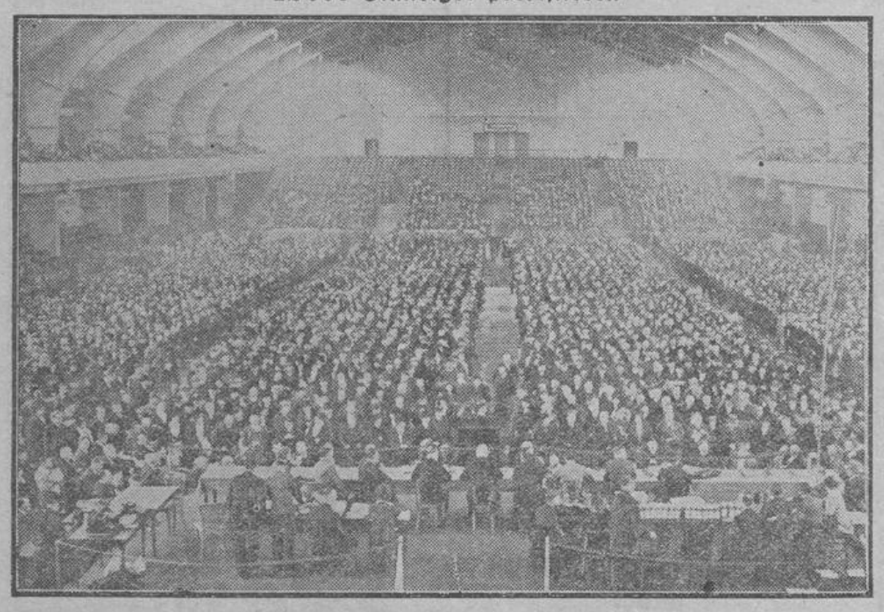
der Bank eintreten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen zogen die Opponenten den Antrag auf Verlesung der Konten zurück, so daß

nur die strittigen Forderungen geprüft

wurden. Die Sitzung zur Verkündung des Abstimmungsergebnisses wurde auf Freitag vormittag vertagt.

12000 Gläubiger protestieren



In der Ausstellungshalle des Berliner Messegeländes begann der gerichtliche Vergleichstermin der zusammengebrochenen Berliner Bank für Handel und Grundbesitz AG in Gegenwart von 12 000 Gläubigern. Als der Vergleichsvorschlag — 30 Prozent — bekannt wurde, kam es zu erregten Auseinandersetzungen und stürmischen Protestkundgebungen der empörten Gläubiger.

Um die Präsidentschaft

3 630 000 Einzeichnungen für Hindenburg

Nachdem die Meldungen der an der Einzeichnungsaktion beteiligten Stellen nunmehr zum größten Teil vorliegen, stellt sich die Gesamtzahl der Einzeichnungen für die Volkskandidatur Hindenburgs auf über 3 630 000.

Die Deutsch-Hannoveraner für Hindenburg

Der Zentralvorstand der Deutsch-Hannoverschen Partei erklärt zur Reichspräsidentenwahl: „Hindenburg, der in siebenjähriger Amtszeit ein Vorbild höchsten Pflichtbewußtseins und treuen Dienstes am Vaterlande geworden ist, hat sich trotz seines hohen Alters entschlossen, das deutsche Volk in dieser Stunde nicht zu verlassen. Demgegenüber dürfen parteiliche Machtkämpfe und parteiliche Gesichtspunkte und Bedenken nichts bedeuten. Wir wählen Hindenburg."

Verhandlungen über die Einbürgerung Hitlers

Das Contibüro meldet aus Braunschweig: Wie von führender nationalsozialistischer Seite bekannt wird, haben zur Klärung der Frage der Einbürgerung Hitlers in Berlin Verhandlungen stattgefunden, an denen die braunschweigischen Minister Küchenthal und Dr. Klagges teilnahmen. Die endgültige Entscheidung dürfte nach Rückkehr des Ministers Küchenthal zu erwarten sein. Ueber den Weg, der beschritten werden soll, ist nichts Genaueres zu erfahren, da die ganze Angelegenheit vertraulich behandelt wird. Man vermutet jedoch, daß Hitler gewisse Aufgaben innerhalb der Gesandtschaft übertragen werden sollen.

Der Stahlhelm hat ein Mitglied ausgeschlossen, weil es für Hindenburgs Wahl eingetreten ist. Im Organ des Stahlhelm heißt es, der Ausgeschlossene habe durch sein Eintreten für Hindenburgs Wahl das Ansehen des Stahlhelm geschädigt. Hindenburg ist Ehrenpräsident des Stahlhelm, aber wer für ihn eintritt, schädigt das Ansehen des Stahlhelm. (Hört! hört!) An der gegenwärtigen Wirtschaftsnot ist weder die Regierung, noch das kapitalistische Wirtschaftssystem Schuld. (Lärm bei den Nat.-Soz.)

Bei den weiteren Ausführungen des Redners häufen sich laute Zwischenrufe und Unterbrechungen aus den Reihen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten. **Vizepräsident Esser** erteilt einen Ordnungsruf für die in einem Zwischenruf aufgestellte Behauptung, die Wirtschaftspartei habe sich ihre nächste Abstimmung für die Regierung von der Regierung bezahlen lassen.

Abg. **Dr. Bredt** bezeichnet diese Behauptung als eine Verleumdung, deren Verbreiter sich vor dem Strafrichter verantworten müßten. Nach der Abstimmung habe allerdings ein Mitglied der Wirtschaftspartei, der frühere sächsische Finanzminister Dr. Weber, für seine Genossenschaften Hilfe von der Regierung erbeten. Dr. Weber aber sei heute Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. (Heiterkeit bei der Wirtschaftspartei.) Ihnen, so wendet sich der Redner weiter an die Rechte, scheint es überhaupt ganz fremdartig vorzukommen, wenn eine Partei ohne jede Gegenleistung, nur ihrem Gewissen folgend, für die Regierung stimmt. Wir folgen nur unserem Gewissen, wenn wir auch jetzt noch einmal für die Regierung stimmen.

Abg. Graf von Westarp (Volkskons.),

bei dessen Erscheinen auf der Rednertribüne die meisten Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal verlassen haben, erklärt dem Abg. Dr. Göbbels (Nat.-Soz.): „Ich glaube nicht, daß Sie die Absicht hatten, den Reichspräsidenten persönlich anzugreifen. Das von dieser Stätte ausgesprochene Wort bleibt aber stehen und wirkt weiter. Irgendwelches Lob oder irgendwelcher Tadel von Deserteuren hat mit dem Namen Hindenburg nichts zu tun. (Beifall.) Deserteure nenne ich nicht in einem Atemzug mit diesem Mann, der für mich und für das ganze Volk das Vorbild eiserner Pflichttreue ist, die ihn besonders auch in den schwersten Wirren an seinem Posten im Dienste für das ganze Volk festhielt. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte Sie herzlich bitten: Tun Sie nichts, um aus unserm Volk und unserer Jugend noch herauszureißen den letzten Rest von Ehrfurcht vor der Größe einer geschichtlichen Persönlichkeit." (Lebhafter Beifall.) Dr. Göbbels sagte zwar, er wolle den Kampf gegen das geltende System führen, tatsächlich war seine Rede aber nicht ein Kampf gegen das System, sondern nur gegen das Brüning-Kabinett.

Abg. Dr. Weber-Potsdam (Staatspt.)

schließt sich in der Frage der Reichspräsidentenwahl dem Vorredner an, meint aber, die Rede des Abg. Dr. Göbbels habe eine schwere Beleidigung des Reichspräsidenten enthalten. Nach einem früheren Antrag der Nationalsozialisten soll die Beleidigung deutscher Heerführer mit Zuchthaus und körperlicher Züchtigung bestraft werden. Wenn die Nationalsozialisten diesen Antrag zur Abstimmung bringen wollen, so erklärt der Redner, so werde ich im vorliegenden Falle für die körperliche Züchtigung des Herrn Dr. Göbbels stimmen. (Sehr gut.) Die Nationalsozialisten verlangen von der Regierung volle Freiheit im Wahlkampf, aber wir können ein Lied davon singen, welche Freiheit die Nationalsozialisten ihren Gegnern im Wahlkampfe zugestehen. Der Redner berichtet dann von blutigen Gewalttaten, die Nationalsozialisten im Anschluß an Wahlversammlungen in der Provinz verübt hätten.

Die Nationalsozialisten begleiten diese Schilderungen mit Lachen und Zurufen: „Uns schaudert die Haut!"

Dr. Weber wendet sich dann gegen den Erlaß des Reichswehrministers Groener und erklärt, Groeners heutiger Rechtfertigungsversuch habe ihn in keiner Weise entlastet. Schon jetzt verkehren die Nationalsozialisten ungeniert mit Reichswehrsoldaten, die den Hitlergruß anwenden. Das Geschrei der Nationalsozialisten über Unterdrückung steht einer Partei schlecht an, die selbst auf dem Wege des politischen Mordes vorangegangen ist.

Nach diesen Worten des Redners stürmen die Nationalsozialisten unter lauten drohenden Rufen gegen die Rednertribüne vor.

Vizepräsident Esser ruft den Abg. Dr. Weber zur Ordnung, aber der Lärm der Nationalsozialisten hält weiter an, und

der Vizepräsident unterbricht die Sitzung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilt Vizepräsident **Esser** mit, er habe Dr. Weber gebeten, die Bemerkung, die zur Unterbrechung der Sitzung führte, zurückzunehmen. **Dr. Weber** habe sich daraufhin bereit erklärt, die Richtigkeit seiner Bemerkung, daß die Nationalsozialisten auf dem Wege des politischen Mordes vorangegangen sind, historisch an der Hand von Tatsachenmaterial zu beweisen. Auf die Bitte des Präsidenten habe Dr. Weber aber für diese Sitzung darauf verzichtet.

Der Führer der Christlichsozialen Dr. Simpfendörfer

bedauert, daß die Wiederaufstellung Hindenburgs zur Reichspräsidentenwahl nicht zu einem machtvollen und geschlossenen Bekenntnis des Reichstages geführt habe. Die Haltung der radikalen Rechten sei geradezu eine Versündigung gegen die nationale Führeridee und gegen den konservativen Staatsgedanken. Der Volksdienst bekenne sich zu Hindenburg, der ihm nicht nur der überragende Führer des Weltkrieges sei. Er sei ihm der gottgeschenkte Führer, der in den Tiefen christlichen und reformatorischen Glaubens wurzelt, unbekümmert um Parteimeinungen seinem Volke den Weg zur Einheit und Freiheit weise. Der Redner erörtert den Begriff national und erklärt, wer in der Durchsetzung parteitaktischer Ziele hemmungslos gottgeschenktes nationales Gut verschleudere, der versündige sich an der Nation u. ihrer geschichtlichen Aufgabe. Das System von 1918 lehne auch der Volksdienst ab; er begrüße es, daß die Regierung Hindenburgs dies System überwunden habe. An die Stelle der Verantwortungslosigkeit der Zahl sei die Bejahung der Verantwortlichkeit durch die Persönlichkeit getreten. Diese grundsätzliche und praktische Ueberwindung des revolutionären Systems stehe jedoch auf zu schwacher Grundlage. Deshalb sei der Volksdienst der Ansicht, daß die tatsächliche Ueberwindung des überspitzten Parlamentarismus möglichst bald verfassungsrechtlich verankert werden müßte. Dazu sei neben der Erhöhung des Wahlalters vor allem die Erweiterung der Macht des Reichspräsidenten und eine stärkere Sicherung der Regierung gegen die wechselnden Launen der Parteien zu rechnen. Bei Erörterung außenpolitischer Fragen macht der Redner darauf aufmerksam, daß der Volksdienst nie einen Zweifel darüber gelassen habe, daß er die jetzige Regierung nur solange unterstützen könne, wie der außenpolitische Befreiungskampf mit aller Entschiedenheit geführt werde.

Abg. Rosenberg (Nat.-Soz.)

geht als zweiter Redner seiner Fraktion auf die Außenpolitik des Brüningskabinetts ein, um aus ihrer Entwicklung den Schluß zu ziehen, daß das außenpolitische System dieses Kabinetts völlig versagt habe. Den Uebergriffen Polens und Litauens sei nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten worden. In der deutschen Gesandtschaft in der litauischen Hauptstadt Kowno seien 30 bis 40 Prozent Ausländer beschäftigt, darunter auch Litauer. Litauer sind auch in großer Zahl in Deutschland eingebürgert worden.

Abg. **Heuck** (Komm.) ruft dem Redner zu: „Wo waren Sie von 1918 bis 1922."

Abg. **Rosenberg** antwortet: „Was Sie damit sagen wollen, ist eine Lüge und außerdem geht es Sie nichts an!" Auf den Zuruf eines anderen kommunistischen Abgeordneten antwortet Abg. Rosenberg: „Sie wollen wohl eine Ohrfeige haben?"

Präsident Löbe erklärt, er habe den Zurufer zur Ruhe weisen wollen, aber Abgeordneter Rosenberg habe nicht nur einen Abgeordneten der Lüge beschuldigt, sondern einen anderen auch mit Ohrfeigen bedroht. Diese Bedrohung sei

eine so grobe Ausschreitung, daß dem Redner das Wort entzogen werden müsse.

Diese Erklärung des Präsidenten ruft bei den Nationalsozialisten einen Proteststurm hervor. Der Präsident schließt wegen lauter Zurufe den nationalsozialistischen Abgeordneten Schaller von der Sitzung und den nationalsozialistischen Abgeordneten Sprenger, der der ersten Aufforderung nicht folgte, auf zwei Sitzungstage aus

Da der Lärm andauert, unterbricht der Präsident nochmals die Sitzung.

Nach fast zweistündiger Unterbrechung eröffnet Präsident **Löbe** die Sitzung wieder und teilt mit, daß der kommunistische Abgeordnete Heuck den am Präsidententisch nicht verstandenen Zuruf gegen den Abgeordneten Rosenberg gerichtet habe: „Von 1918 bis 1922 waren Sie Agent von Deterding!" Er rufe den Abgeordneten Heuck deswegen zur Ordnung. Da Abg. Rosenberg die gegen den Abgeordneten Heuck ausgesprochene Bedrohung zurückgenommen habe, sei auch die Wortentziehung zurückgenommen. Präsident Löbe nimmt weiter die Ausschließung des Abgeordneten Sprenger zurück, weil Sprenger erklärt habe, er habe nicht die Bedrohung des Präsidenten mit der Faust verübt, was durch die Ausschließung gesühnt werden sollte.

Abg. Rosenberg (Nat.-Soz.)

setzt darauf seine außenpolitischen Ausführungen fort. Zwei Kommunisten erhalten Ordnungsrufe, weil sie ihm zurufen: „Es riecht nach Petroleum!" Abg. Rosenberg bespricht dann die gegenwärtige Abrüstungskonferenz und sagt dazu: Nach allem bisherigen, wie Dr. Brüning und seine Vorgänger in der deutschen Außenpolitik vorgegangen sind, wie sie tatsächlich in jeder Frage unterlegen sind, müssen wir sagen, daß er heute nicht bevollmächtigt ist, für das nationale Deutschland zu sprechen, sondern daß er tatsächlich die Parteien des Prälaten Kaas und des Herrn Dittmann vertritt (Beifall bei den Natsoz.). Der Redner verliest unter stürmischen Entrüstungskundgebungen seiner Freunde sozialdemokratische Pressestimmen zur Abrüstungskonferenz. Auf die unerhörte Provokation Tardieus habe Brüning nur mit einer pazifistischen Fastenpredigt geantwortet, statt der französischen Sicherheitsthese eine deutsche Sicherheitsthese entgegenzustellen. Wenn Frankreich die Abrüstungspflicht leugne, dann habe es den Versailler Vertrag zerrissen und Deutschland müsse daraus die Konsequenz ziehen. (Beifall rechts.) Hindenburg habe das außenpolitische System der Regierung gestützt. Er sei vor sieben Jahren in schlimmster Weise vom Zentrum und den Sozialdemokraten beschimpft worden, während jetzt dieselben Parteien Hindenburg als Helfer gegen die nationale Front auf den Schild erhoben hätten. Zentrum und Sozialdemokratie ständen heute in einer Front zusammen und würden gemeinsam vernichtet werden. In einigen Monaten werde Brüning dem neuen Reichspräsidenten seine Demission überreichen und dieser neue Reichspräsident werde Adolf Hitler heißen (Lachen bei der Mehrheit, Beifall bei den Nationalsozialisten).

Die Weiterberatung wird gegen 8 Uhr auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Nachträglich ruft **der Präsident** noch den Abgeordneten Dr. Bredt (Wirtschaftspartei) zur Ordnung wegen unparlamentarischer Ausdrücke, mit denen er Angriffe des Abgeordneten Stubbendorf (Dntl.) zurückgewiesen hatte.

Steueranträge

Die deutschnationale Reichstagsfraktion verlangt in einem Antrage die Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der zwecks Senkung des Bierpreises den Höchstsatz der Biersteuer auf 5 RM. je Hektoliter und die Gemeindebiersteuer auf die Hälfte der jetzigen Steuersätze herabsetze. Außerdem wird verlangt, daß die Gemeindegetränkesteuer zum 1. April aufgehoben und den Ländern und Gemeinden die Befugnis entzogen werde, bei Veranlagung und Erhebung der Vermögenssteuer über die Reichsnormativbestimmungen hinauszugehen.

Tardieus Kammer-Erfolg

In der französischen Kammer erklärte **Tardieu** die Beantwortung der Interpellationen, die Kammer habe die Pflicht, das Budget zu verabschieden. Den

Gedanken eines Ministeriums der nationalen Verteidigung

hätten alle Parteien von Zeit zu Zeit aufgenommen. Es sei besser, solche Reformen in Zeiten der Sicherheit vorzunehmen. Die drei Generalstäbe für Heer, Marine und Luftflotte würden der Leitung des Ministers für nationale Verteidigung unterstehen.

In der Reparationsfrage

erinnerte Tardieu daran, daß Herriot vor etwa sechs Wochen nachdrücklich und endgültig die Doktrin Frankreichs zum Ausdruck gebracht habe. Seine Doktrin sei auch die der jetzigen französischen Regierung.

In der Abrüstungsfrage

habe Frankreich Vertrauen zu den internationalen Abmachungen. Es wolle den Frieden. Nur Frankreich habe formell erklärt, daß es bedingungslos entschlossen sei, die Beschränkung der Rüstungen unter die Grenze der budgetären Militärausgaben von 1932 herunter anzunehmen. Frankreich stehe also hinsichtlich der Beschränkung der Rüstungen an erster Stelle. Gegenwärtig stellen alle Länder zu ihrem Schutz Kanonen, große Kreuzer und große Flugzeuge her. Wäre dies auch der Fall, wenn jedermann wüßte, daß dieses Material der Gesamtheit dienen könnte? Nein, denn dann würde man weniger Kriegsmaterial herstellen. Wenn man die Verpflichtung jeder Macht zur Ausrüstung des Völkerbundes mit schwerem Kriegsmaterial kenne, dann könne man neue Rüstungsherabsetzungsvorschläge prüfen. Man habe versucht, die französischen Abrüstungsvorschläge in Genf durch Ueberbietungen zu ersticken. Die Franzosen seien im Grunde genommen über die Reparations- und Abrüstungsfrage einig, aber sie seien sich trotzdem nicht über die Haltung dem Ausland gegenüber [illegible]

eine Periode der Depression

durch wie nach jedem Kriege, aber trotzdem müßten die Franzosen jetzt begreifen, daß die internationalen Probleme vorgingen. Man müsse versuchen, sich bezüglich der internationalen Probleme mit Rücksicht auf die gemeinsamen Probleme Frankreichs zu einigen.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach der radikale Abgeordnete **Herriot**, der zunächst die Notwendigkeit eines Luftfahrtsministeriums für die zivile Luftfahrt betonte und zum Schluß erklärte, die radikale Partei könne nicht der Aufforderung Tardieus zur Einigkeit nachkommen, sondern werde gegen die Vertrauenstagesordnung stimmen.

Nach Herriot begründete **Franklin Bouillon**, daß auch er gegen die Regierung stimmen werde, weil sie nicht der Formel der nationalen Einigung entspreche.

Dem kommunistischen Abgeordneten **Duclos** wird wegen seiner heftigen Reden das Wort entzogen und, als er sich nicht fügen will, die Sitzung aufgehoben. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Debatte geschlossen.

Vor der Abstimmung kommt es zu Zwischenfällen. Als **Leon Blum** die Gegnerschaft der Sozialisten gegen die Regierung ankündigt und hervorhebt, daß diese einen anderen Standpunkt in der Sicherheitsfrage vertrete als der Ministerpräsident, ruft der rechtsstehende Abgeordnete **General Saint-Just** dazwischen: Der Advokat Deutschlands spricht! Auf diese Bemerkung hin stürzen sich die Sozialisten auf den Redner. Zwischen rechtsstehenden und linksstehenden Abgeordneten kommt es zu einer **Schlägerei**, und nur mit Mühe konnten die Streitenden getrennt werden. Der Präsident hat inzwischen die Sitzung aufgehoben und die Tribünen räumen lassen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung hat sich die Erregung noch nicht gelegt, aber schließlich gelingt es, die **Vertrauenstagesordnung Pic und Genossen**, die die Regierung sich zueigen gemacht hat und für deren Annahme **Tardieu die Vertrauensfrage** gestellt hat, zur Abstimmung zu bringen.

Der Regierung wurde von der Kammer mit 309 gegen 262 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Die Pariser Presse

nimmt zu der Abstimmung in der Kammer Stellung. So schreibt **„Journal"**, die Sitzung habe nicht den Charakter der heftigen Schlachten getragen, die man früher erlebt habe. Hoffentlich werde Tardieu nun erreichen, daß die Kammer in der kurzen Zeit, die ihr noch verbleibe, nützliche Arbeit leiste und wenigstens in Schönheit untergehe. **„Echo de Paris"** erklärt, das politische Leben konzentriere sich nicht nur in der Kammer. Der Sturm der Leidenschaften werde sich auf die 600 Wahlbezirke erstrecken. **„Republique"** führt u. a. aus, die Radikalen würden der Haushaltsverabschiedung nichts mehr in den Weg legen. **„Oeuvre"** begrüßt, daß die neue Regierung erklärt habe, sie sei an der Wahlreform nicht interessiert.

Die Aufnahme der Regierungserklärung in England

In einem Leitartikel sagt **„Daily Telegraph"**, Tardieus Regierungserklärung sei bemerkenswert durch die mehr als diplomatische Herzlichkeit seiner Bezugnahme auf Großbritannien. Der französische Wunsch nach einem Einvernehmen mit England sei nichts Neues; aber es sei in den letzten Jahren durch die französischen Ansichten über internationale Fragen etwas getrübt worden. Das Einvernehmen, von dem Tardieu gesprochen habe, müsse aufrichtig sein und auf Gegenseitigkeit beruhen. Hoffentlich werde der in der Kammer und im Senat zum Ausdruck gekommene freundschaftliche Ton dazu beitragen, daß der britische Standpunkt der französischen Oeffentlichkeit in verständnisvoller Weise nahegebracht werde. **„News Chronicle"** schreibt, nichts würde befriedigender sein, als die Herstellung eines allgemeinen Einvernehmens zwischen Frankreich und Großbritannien. Dies setze natürlich voraus, daß andere Freundschaften nicht berührt werden.

Der Ostasien-Krieg

Die Schlachten bei Kiangwan und Tschapei

Aus Schanghai, 24. Februar, wird gemeldet: Die Japaner gingen heute an der Front von Kiangwan nicht zu einem allgemeinen Angriff über, aber die Artillerieschlacht und der Kampf in der Luft dauerten den ganzen Vormittag über in ungeschwächter Heftigkeit an.

An der Front von Tschapei griffen die japanischen Seestreitkräfte die chinesischen Stellungen im nördlichen Abschnitt an, und ein heftiger Kampf entwickelte sich am Nachmittag ostasiatischer Zeit.

Wieder japanischer Mißerfolg vor Kiangwan

Aus Schanghai, 24. Febr., wird gemeldet: Die von Flugzeugen, Tanks und Panzerkraftwagen unterstützte japanische Infanterie konnte trotz mehrerer Angriffe die Chinesen aus Kiangwan nicht zurückwerfen. Beim Anbruch der Nacht waren die Stellungen der Gegner unverändert. Die Japaner haben selbst die irrtümliche Meldung der Einnahme Kiangwans dementiert.

„Bis zum letzten Mann!"

Der kommandierende General der 19. Armee erklärte Vertretern ausländischer Zeitungen in seinem Hauptquartier, die japanischen Behauptungen über Differenzen zwischen Nanking und der 19. Armee seien aus der Luft gegriffen. Nanking versorge die 19. Armee mit Munition und mit Verstärkungen. 30 000 Mann Nationalgarde seien seinem Kommando unterstellt und teilweise in die Front eingegliedert worden. China wolle nach wie vor den Frieden, aber nicht auf Grund eines japanischen Ultimatums. Die chinesischen Truppen würden unter seiner Führung bis zum letzten Mann kämpfen trotz Japans Ueberlegenheit in der Artillerie und in der Fliegerwaffe.

Der General sagte, daß der bei Sutschau von Japanern abgeschossene amerikanische Flieger das unbewaffnete und nicht markierte Flugzeug nur hätte abliefern wollen.

Japanische „Strafexpeditionen" in der Mandschurei

Amtlich wird aus Charbin gemeldet, daß die japanischen Truppen in der Mandschurei eine „Strafexpedition" gegen die Truppen des chinesischen Generals Tingtschao unternehmen werden. Als Grund wird angegeben, daß die Truppen des Generals an verschiedenen Punkten des östlichen Teiles der chinesischen Ostbahn plündern und das Leben und Eigentum von Japanern und Koreanern gefährden.

Erklärungen Stimsons gegen Japan

Staatssekretär Stimson betonte nach einer Meldung aus Washington in einer Erklärung, die amerikanischen Zugeständnisse bei der Seeabrüstungskonferenz in Washington im Jahre 1922 seien von der genauen Beobachtung des Neunmächtevertrages durch Japan abhängig gewesen. Außerdem hätte sich die Lage in Schanghai nicht so gestaltet, wenn Japan den Kelloggpakt beabachtet hätte. Amerika werde nicht irgendwelche Rechte anerkennen, die durch Druck oder durch die Verletzung der Verträge erlangt worden seien.

Eine neue chinesische Armee

Die Agentur Indo-Pacifique meldet aus Schanghai die Aufstellung einer neuen chinesischen Armee, die unter dem Befehl des Generals Tschang-Tschin-Tschung steht.

Zwei Deutsche unter Spionageverdacht im Olmützer Gefängnis

Wie die deutsche Zeitung „Bohemia" berichtet, sind seit dem 15. Januar d. J. im Olmützer Kreisgerichtsgefängnis die beiden reichsdeutschen Mechaniker Opolka und Malergehilfe Rückert aus Pforzheim in Haft. Beide haben in Oderberg die Grenze überschritten und wurden, als sie zu Fuß nach Wien wandern wollten, in Prerau wegen Landstreicherei verhaftet, weil sie ihr Reisegeld als Straßensänger zu verdienen suchten. Als sie noch im Prerauer Gendarmeriegebäude saßen, erschien ein Offizier der dortigen Garnison und erklärte, da der Prerauer Bahnhof militärische Bedeutung habe, könne es sich in diesem Falle um Spionage handeln. Darauf wurden die beiden jungen Leute ins Olmützer Gerichtsgefängnis eingeliefert, wo sie nun schon über fünf Wochen der Erledigung ihrer Angelegenheit harren.

Hendersons Zuversicht

Die Abrüstungskonferenz

Aus Genf, 24. Febr., wird berichtet: Die Abrüstungskonferenz hat in ihrer heutigen — vorläufig letzten — Vollsitzung die Beschlüsse des Büros über den weiteren Gang der Arbeiten ohne Aussprache genehmigt. In der

Entschließung über den Arbeitsstoff

heißt es:

Die Konferenz fordert den Hauptausschuß auf, eine Vorprüfung und Zusammenfassung der genannten Entwürfe und Vorschläge und des Konventionsentwurfes vorzunehmen.

In Fortsetzung der Hauptaussprache, an der auch der französische Ministerpräsident Tardieu teilnahm, sprach als erster Redner der afghanische Gesandte Hussein Aziz; er erklärte, daß unter den der Konferenz vorgelegten Anregungen diejenige der deutschen Delegation ganz besondere Aufmerksamkeit verdiente.

Anschließend sprachen die Vertreter Griechenlands und Panamas.

Zum Schluß der Hauptaussprache hielt

Präsident Henderson

eine Ansprache, in der er die wesentlichen Ergebnisse der einleitenden Diskussion feststellte.

Der Grundsatz einer wirklichen Rüstungsherabsetzung unter Schaffung einer wirksamen Kontrolle könne schon jetzt als feststehend betrachtet werden.

Das gleichfalls allgemein geforderte Verbot der Angriffswaffen habe eine tiefe politische Bedeutung. Es sei zu hoffen, daß sich das Verbot auch auf die Vorbereitung der Waffen in Friedenszeiten erstrecken und nicht nur auf dem Papier stehen bleiben werde. Angesichts der klaren praktischen, konstruktiven Vorschläge so vieler verantwortlicher Regierungen sei trotz aller noch zu überwindenden technischen und politischen Schwierigkeiten die Hoffnung und Zuversicht auf das Gelingen der Konferenz gerechtfertigt.

*

Der Genfer Korrespondent des Reuterbüros sagt: Die Beschlüsse stellen einen

taktischen Erfolg für die deutsche Delegation

dar, weil dadurch alle während der allgemeinen Debatte unterbreiteten Vorschläge beinahe auf gleichem Fuße behandelt werden wie der Konventionsentwurf, während die Franzosen der Meinung sind, daß dieser Entwurf den Bereich der Erörterungen einschränken sollte.

Senkung der Arzt- und Zahnarztgebühren

Die Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit dem Verband der Aerzte Deutschlands (Hartmann-Bund), dem Deutschen Aerztevereinsbund und dem Reichsverband der Zahnärzte Deutschlands über die Senkung der Gebühren haben zu einer Vereinbarung geführt, in der es u. a. heißt:

Der Herabsetzung der Gebühren der Aerzte und der Zahnärzte in der Privatpraxis sind die Sätze der preußischen Gebührenordnung (Preugo) oder der anderen landesrechtlichen Gebührenordnungen zugrundezulegen. Die Aerzte und Zahnärzte werden die verminderte Kaufkraft weitgehend berücksichtigen, sich aber vorbehalten, in besonderen Fällen nach vorheriger ausdrücklicher Verständigung mit den Patienten von den obigen Gebührensätzen abzuweichen.

Von den ärztlichen und zahnärztlichen Organisationen festgesetzte sogenannte ortsübliche Sätze dürfen nur aufrechterhalten werden, wenn sie mindestens um 10% der Sätze von 1931 gesenkt worden sind bzw. werden. Ferner muß zum Ausdruck gebracht werden, daß die ortsüblichen Mindestsätze unterschritten werden können.

Die Festsetzung der Gebühren in Verträgen zwischen Aerzten, Zahnärzten, Versicherungsträgern und nicht reichsgesetzlichen Krankenkassen sowie die Wahl der hierfür zugrundezulegenden Gebührenordnung wird, wie bisher, durch vertragliche Vereinbarungen geregelt.

Die Aerzte und Zahnärztekammern (in ihrer Ermangelung die ärztlichen und zahnärztlichen Organisationen) richten, soweit dies noch nicht geschehen ist, Gutachterstellen ein, um Einsprüche von Patienten gegen die Höhe der Gebührenberechnung nachzuprüfen.

Auch Senkung des Spritpreises

Der Gewerbeausschuß beim Branntweinmonopol teilt mit: „Der Gewerbeausschuß beim Branntweinmonopol hielt am Mittwoch eine außerordentliche Sitzung ab, zu der der Präsident der Monopolverwaltung sowie das Finanzministerium besonders eingeladen worden waren. In dieser Sitzung wurde durch die Vertreter des Gewerbes mit großem Nachdruck auf den ständigen Rückgang der fiskalischen Erträge aus dem Branntweinmonopol und auf die allein hieraus sich ergebende Notwendigkeit einer erheblichen Spritpreisenkung hingewiesen. Der Vertreter des Finanzministeriums anerkannte rückhaltlos die sich aus dem ständigen Rückgang des Branntweinverbrauches ergebende schwere Schädigung der Reichsfinanzen. Er sei ermächtigt, die Erklärung abzugeben, daß gleichzeitig **mit der Senkung der Biersteuer eine den fiskalischen Interessen gerecht werdende Senkung** des Spritpreises erfolgen würde."

Antrag zur Biersteuer

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ersucht die Reichsregierung in einem Antrag, folgende Maßnahmen zu erwirken: „Mit Wirkung vom 15. März wird die Reichsbiersteuer um 3 RM. von jedem Staffelsatz ermäßigt. Vom gleichen Tage ab wird die Gemeindebiersteuer um 50 v. H. gesenkt mit der Maßgabe, daß unter 2,50 nicht heruntergegangen wird. Die für die Preisüberwachung eingesetzten Behörden sind anzuweisen, dafür zu sorgen, daß die Ausschankpreise mindestens um den vollen Betrag der erfolgten Biersteuersenkung zu ermäßigen sind."

Konflikt zwischen Kultusminister und Oberkirchenrat

Der Evangelische Oberkirchenrat legt in einem Schreiben an den preußischen Kultusminister in aller Form Verwahrung ein gegen die Behandlung seiner Wünsche, über eine Neuregelung der Einsichtnahme in den Religionsunterricht mit dem Minister zu verhandeln. Diese Neuregelung sollte so durchgeführt werden, daß künftig an Stelle der Geistlichen die evangelischen Schulräte die kirchliche Einsicht in den Religionsunterricht wahrzunehmen haben. Bereits im November 1930 habe Minister Grimme eine beschleunigte Behandlung der unter Kultusminister Becker schon weit geförderten Angelegenheit zugesagt. Seitdem wartet die Kirche vergebens. Auf die wiederholten — zum Teil unbeantwortet gebliebenen — Vorstellungen der Kirche sei auf den 25. Februar eine mündliche Verhandlung festgesetzt worden, die jetzt unter Berufung auf die Notwendigkeit, noch einige grundsätzliche Fragen zu klären, auf unbestimmte Zeit vertagt worden sei. Das Schreiben erblickt darin eine „schwere Brüskierung der größten deutschen evangelischen Kirche" und erklärt, die Kirchenleitung behalte sich vor, nunmehr alle ihr dadurch aufgezwungenen Maßnahmen zu treffen.

Die Haushaltspläne der preußischen Ministerien

Das preußische Finanzministerium hat jetzt dem Staatsrat die Haushaltspläne der einzelnen Ministerien für 1932 zugeleitet. Ein konkretes Bild über den preußischen Gesamtetat ist jedoch deshalb daraus noch nicht zu gewinnen, weil die in den Einzeletats aufgeführten Positionen, besonders bei den Ausgaben, durch die immer weiteren Sparverhandlungen nachträglich noch verändert wurden, was für alle Einzelhaushalte in dem zurzeit noch nicht vorliegenden Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung und im Haushaltsgesetz erscheinen soll. Soweit bisher zu übersehen ist, haben die Einsparungen überall eine durchweg

erhebliche Kürzung der Zuschüsse

zur Folge gehabt, die sich gegen das Vorjahr wie folgt ergibt:

Beim Innenministerium um 23.5, beim Finanzministerium (Gehälter und Pensionen) um 25.2, beim Kultusministerium um 91.3, beim Wohlfahrtsministerium um 13.9, beim Justizministerium um 77.4 Millionen. Die Deckung der Ausgaben der Justizverwaltung durch eigene Einnahmen konnte von 47.09% im Vorjahre auf 55.96% erhöht werden, was günstiger ist als in der Vorkriegszeit. Der Zuschuß im Haushalt für das Landwirtschaftsministerium wurde um 3.6 Millionen RM. gekürzt, während der Haushalt der Forstverwaltung, der sonst immer ein Ueberschußetat war, wegen des Sinkens der Holzpreise nur noch als ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt wird. Die Einnahmen aus Holzverkäufen, die für 1931 mit 150 Millionen RM. angesetzt waren, sind für 1932 auf 85 Mill. RM. zurückgesetzt. Der Zuschuß des Handelsministeriums wurde um 5.2 Mill. RM., der des Staatsministeriums von 1 757 030 RM. auf 1 503 520 RM., der für den Preußischen Landtag von 6 306 292 RM. auf 4 402 930 RM., der für den Staatsrat von 363 141 RM. auf 331 150 RM. gesenkt. Der Haushalt der Münzverwaltung sieht gegenüber einem Ueberschuß von nur 11 200 RM. im Vorjahre diesmal einen Mehrertrag von 532 550 RM. vor. Die Mehreinnahme gründete sich darauf, daß entsprechend der Notverordnung der Reichsregierung vom 18. Juli 1931, wonach der pro Kopf der Bevölkerung auszugebende Münzbetrag von 20 auf 30 RM. erhöht wurde, die Ausprägung von Münzen eine bedeutende Zunahme erfahre. Man glaubt, daß 1932 rd. 69 Mill. Münzen im Werte von 41.4 Mill. RM. geprägt werden.

Deutschlands Fußball-Nationalmannschaft gegen die Schweiz

Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft, die am 6. März in Leipzig gegen die Schweiz spielen wird, ist jetzt offiziell wie folgt aufgestellt worden: Kreß (Rotweiß Frankfurt); Schütz und Stubb (beide Eintracht Frankfurt); Gramlich (Eintracht Frankfurt), Leinberger (Sp. Vgg. Fürth), Knöpfle (FSV. Frankfurt); Langenbein (VfR. Mannheim), Rohr (Bayern München), Kuzorra (Schalke 04), R. Hofmann (Dresdener SC.), Kobieriki (Fortuna Düsseldorf).

Hamka-Lebensmittel noch billiger!

Schweizerkäse, vollsaftig	Pfd. 98 Pfg.	Hausm. Blut- und Leberwurst	Pfd. 40 Pfg.
Limburger, ohne Rinde	Pfd. 50 Pfg.		
Margarine, frisch	Pfd. 29 Pfg.	Holländerkäse, vollfett	Pfd. 75 Pfg.
Kokosfett	1 Pfd.-Tafel 29 Pfg.	Tilsiter, allerf. vollfett	Pfd. 88 Pfg.
Schmalz, rein	Pfd. 45 Pfg.	Eier-Schnittnudeln	Pfd. 42 Pfg.
Speck, fett, kernfest	Pfd. 68 Pfg.	Eier-Makkaroni	Pfd. 42 Pfg.
Westf. Plockwurst, prima	Pfd. 95 Pfg.	Gries-Makkaroni	Pfd. 38 Pfg.
Westf. Kochmettwurst	Pfd. 48 Pfg.		
Bratwurst, ger., prima	Pfd. 80 Pfg.	Mischobst	Pfd. 50 Pfg.
Blutmagen, sehr fein	Pfd. 60 Pfg.	Pflaumen, sehr fein	Pfd. 45 Pfg.

Feinster Wermutwein vom Faß, Liter nur 95 Pfg.

Auf alle Waren Rabatt durch Ausgabe von Hamka-Rabattmarken.

Hamburger Kaufhaus Franz Bremer

Burscheid, Hauptstraße 22

Land-Haus

in Burscheid (Neubau), Geilenbach, von 10 Räumen, ganz oder geteilt, zu

vermieten

Monatlich 135.— RM.

Friedrich Cleff, Düsseldorf, Adersstraße 4, Telefon 13861.

Wegen Umzug billig **zu verkaufen:**

Elektr. Heizofen, ein fast neuer Haargarnteppich, ein schwarz-eichen Ausziehtisch mit 4 Stühlen, altberg. Standuhr (eichen) **1 Schreibtisch m. Sessel, 1 elektr. Lampe, 2 Weinfässer** (à 25 Liter) und 1 **Ballon** (25 Liter).

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Oskar Heinrichs

Holzhandlung und Holzbearbeitung

Burscheid, Höhestraße

empfiehlt

Bretter
Dielen
Rahmen
Dachlatten
Fußboden
und Sperrholz

in allen vorkommenden Längen, Breiten und Stärken. Bauholz in allen Dimensionen zu den billigsten Tagespreisen

Auto-Kofferdeckel

v. Kaltenherberg bis Dünweg **verloren.** Bitte Nachricht an **Paul Hermanns,** Dabringhausen.

Neue ermäßigte Anzeigenpreise durch den

Personal-Anzeiger des „Daheim"

Unsere Geschäftsstelle des Bergischen Volksboten vermittelt ohne Spesenaufschlag Anzeigen für das „Daheim". Das Publikum hat nur nötig, die Anzeigentexte bei uns abzugeben und die ermäßigten Gebühren zu entrichten.

Diese lauten:

Stellen-Angebote . . jetzt nur 90 Rpf.
Stellen-Gesuche . . . . jetzt nur 67 Rpf.
Sonstige kl. Anzeigen (auch Heiratsanzeigen) 1,08 RM. für die Zeile (1 Zeile = 7 Silben)

Geschäftsstelle des „Bergischen Volksboten"

Vermessungsarbeiten

für das Kataster, wie Teilungen, Grenzfeststellungen, sowie Lagepläne für Conzessionsgesuche jeder Art, Sicherstellung von Wasserrechten, Nivellements usw. führt aus

Theis

Staatlich vereideter Landmesser in Wermelskirchen, Fernspr. 2487

Schwitze und bade Dich gesund

Kurbad J. Hammerschmidt

Opladen, Humboldtstraße 19—23

Mittwochs billiger Badetag. 1 Wannenbad 60 Rpf. Alle med. Bäder und Anwendungen **10 Proz. Preissenkung**



Gewinnauszug

5. Klasse 38. Preußisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

13. Ziehungstag — 23. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M gezogen

10 Gewinne zu 10000 M. 36943 100811 114171 229445 332233
6 Gewinne zu 5000 M. 61829 137786 395474
2 Gewinne zu 3000 M. 141680
58 Gewinne zu 2000 M. 4016 10729 13174 27922 53752 62158 62879 73577 87483 92919 96221 101574 108225 116770 125091 171302 171752 177122 194084 236381 262800 282557 283042 290407 299340 320957 351625 360504 398735
104 Gewinne zu 1000 M. 696 23912 27478 33024 40188 46087 61755 66289 83557 88529 90355 92817 95664 107871 108552 117065 121346 122696 147795 165697 167663 186075 197513 199503 207102 208879 209527 222443 228103 234807 235900 236296 248198 249096 265579 270354 274228 274894 274950 297215 300111 303505 308863 313067 315641 322984 335437 351119 363111 363607 371186 374589
176 Gewinne zu 500 M. 11970 12412 22594 23490 24822 37559 44244 51324 51367 51554 58481 61570 64168 66564 70616 71610 77931 78779 80602 85110 89441 91324 91887 94811 95831 98673 99747 101517 102154 105980 116950 122821 124222 127123 131549 132126 138412 146060 149056 151240 154063 162729 167183 175353 175581 183843 186885 201250 202447 207281 215144 222472 226864 239518 241478 241538 245510 251117 254572 258227 266046 273905 278863 281918 286137 288939 301422 310425 311435 319886 331073 340226 342504 347903 348142 352625 356206 357789 361103 362551 369263 369710 370268 372903 375959 378854 383914 395922

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

8 Gewinne zu 5000 M. 61534 99889 133723 304972
12 Gewinne zu 3000 M. 452 76635 198034 301535 364400 394589
48 Gewinne zu 2000 M. 17132 34961 70488 92496 133199 140359 145828 147019 163576 177758 185431 202767 222527 245667 263384 285478 288430 320170 321418 345518 347099 386331 391952 396085
72 Gewinne zu 1000 M. 2479 30505 38743 45051 47008 77484 93227 105430 114447 115612 137173 144907 146967 165177 172565 187867 189958 197905 201547 252037 255081 263164 267441 284932 299221 312544 321167 324246 341406 358186 363386 367201 371463 383446 384134 398618
148 Gewinne zu 500 M. 423 5680 5882 8897 9559 14918 16871 19518 20620 32050 42258 44250 45407 48774 56912 61460 63741 65783 68296 85607 88386 90078 106600 106746 115216 116995 121893 125024 130347 146677 147913 167109 172358 174821 178096 181646 187462 188541 195658 205864 208063 209670 215490 226505 230228 234414 241485 250001 252204 261501 262946 265324 270736 271785 279887 288355 293128 297721 312763 330995 332722 336447 341831 343579 355717 370459 376433 380042 380184 380589 383255 387413 388484 392599

14. Ziehungstag — 24. Februar 1932

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

12 Gewinne zu 3000 M. 1256 51409 90091 117558 150065 347027
58 Gewinne zu 2000 M. 24549 51827 57523 78414 80175 88826 90885 108386 109558 122368 124735 138017 147152 147636 154294 157141 169354 173914 184522 193005 237189 276259 283700 306439 311212 313948 375866 377071 386973
108 Gewinne zu 1000 M. 5368 6103 8708 13287 24323 38232 59350 64067 72087 75794 86198 116081 121688 125372 126474 134855 138087 139125 142284 148397 155208 155642 163937 168390 176391 208453 210446 215197 216822 234752 235783 237049 238282 239616 244800 262402 271979 278689 294376 298723 309090 319315 322540 323066 334038 347814 356593 360129 363608 368989 381149 382422 397196 398355
190 Gewinne zu 500 M. 222 1321 11262 16385 16852 20826 23040 26698 29773 34824 40613 49129 54356 55242 63601 63662 67018 69455 69672 72838 84272 89383 100658 106206 107444 113519 123884 141224 142444 142619 168590 169183 172363 172460 177440 180937 189192 196158 206994 209767 209929 211327 212546 218038 219565 225200 226198 229147 232830 235861 236671 239482 242813 243233 246272 246337 248214 266699 267472 267778 268516 274908 279970 280126 285202 292955 296791 300313 311676 312137 313819 317933 321953 322051 325881 329840 329846 336238 339613 343439 347996 349654 350832 353301 359703 363779 367607 379827 385205 388995 389647 392559 395214 395238 397461

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 319336
4 Gewinne zu 5000 M. 178091 330488
16 Gewinne zu 3000 M. 17324 70572 222404 234304 277559 285929 367772 392192
40 Gewinne zu 2000 M. 27960 41609 110536 112054 114047 115575 122801 142855 203014 221933 256219 258485 282318 299898 312853 346774 363211 388559 389879 395918
82 Gewinne zu 1000 M. 3896 6029 14910 18365 25973 31554 51172 55004 58951 64993 84320 113561 119431 122174 122257 126851 151930 155715 161694 162544 183651 186668 186970 209846 217636 223283 232012 235789 262938 264047 276067 276841 282890 286669 286707 307610 326168 344041 362112 380847 390326
160 Gewinne zu 500 M. 3273 21253 22481 24842 26019 26981 33188 34399 35527 47846 58856 61757 70139 75970 80952 81328 82090 87635 105139 107329 107737 110174 116527 118052 120237 121064 124366 129317 133069 133364 144023 146539 148212 149199 153486 160810 160822 167407 169180 169871 174404 175306 186332 196436 218911 220568 223310 227909 232716 234154 234548 237067 238426 246627 265965 266508 271944 272889 281208 293758 301699 306088 308573 308784 313108 313650 320404 323499 341426 343602 355529 361074 362491 366440 374140 375986 376017 385578 389903 398988

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien je zu 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 200000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 6 zu je 50000, 18 zu je 25000, 92 zu je 10000, 260 zu je 5000, 526 zu je 3000, 1510 zu je 2000, 3102 zu je 1000, 5010 zu je 500, 14796 zu je 400 Mark.

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Nr. 47 2. Blatt — Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Donnerstag, den 25. Februar 1932

Aus der Heimat

Nacheichnung der Meß- und Wiegegeräte

Wie durch eine Bekanntmachung mitgeteilt wurde, findet demnächst in unserer Gemeinde die Nacheichnung der Meß- und Wiegeräte statt. Für den Schulbezirk Hilgen erfolgt diese in der Zeit vom 29. Februar bis 4. März 1932 in der Wirtschaft Friedrich Hirschfelder dortselbst und für die Schulbezirke Burscheid, Dierath, Paffenlöh, Sträßchen und Dürscheid in der Zeit vom 7. März bis 29. März 1932 in der Wirtschaft Wilhelm Ohmann in Burscheid, Hauptstraße. Die Meß- und Wiegegeräte sind in gehörig gereinigtem Zustande in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags einzuliefern. Ausgenommen sind die Samstage.

Zur Einlieferung sind verpflichtet:

Die Gewerbetreibenden, die Landwirte, sobald sie beim Absatz ihrer landwirtschaftlichen Produkte die Ergebnisse von Meß- und Wiegegeräten einer Preisbestimmung zu Grunde legen, die Konsumvereine, auch wenn sie nur an Mitglieder Waren absetzen, sowie die Großhandlungen und Fabrikbetriebe, wenn Meß- und Wiegegeräte entweder zur Preis- oder Arbeitslohnberechnung Verwendung finden.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß auch solche Meß- und Wiegegeräte eichpflichtig sind, welche für den Verkauf der Erzeugnisse oder für einen der vorgenannten Zwecke lediglich bereitgehalten werden.

Die Gebühren sind im Eichlokal zu zahlen.

Montag letzter Tag für Steuererklärungen

Am Montag, den 29. Februar läuft die Frist zur Abgabe der Einkommen- und Körperschaftssteuererklärungen ab. Alle diejenigen Pflichtigen, die eine solche Steuererklärung abzugeben und die diese Frist nicht eingehalten haben, müssen damit rechnen, daß ihnen ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der veranlagten Steuersumme auferlegt wird, es sei denn, daß das Finanzamt ihnen Ausstand für die Einreichung der Erklärung bewilligt hat.

Biersteuersenkung soll am 20. März in Kraft treten

Die von der Reichsregierung in Aussicht gestellte Biersteuersenkung soll noch vor Ostern, nämlich zum 20. März in Kraft treten. Das Ausmaß der Senkung soll da, wo die Gesamtsteuer (Reichsbier- und Gemeindebiersteuer) bisher 22 Mark betragen hat, etwa 7 Mark ausmachen.

Der Langenberger Sender erhält eine neue Antenne

In den nächsten Tagen wird die alte Antenne des Langenberger Senders abmontiert und durch eine neue ersetzt werden. Man hofft, dadurch die Güte des Empfangs des neuen Langenberger Senders noch zu erhöhen. Die Arbeiten, die aller Wahrscheinlichkeit noch am Anfang der kommenden Woche in Angriff genommen werden, sollen auf möglichst kurze Zeit beschränkt werden, um den Hörern Unannehmlichkeiten im Empfang zu ersparen. Näheres über die Durchführung der Arbeiten läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Genehmigungspflicht zur Rückzahlung von ausländischen Hypothekenforderungen

Wie dem Reichswirtschaftsministerium zur Kenntnis gelangt ist, suchen ausländische Gläubiger deutscher Aufwertungshypotheken, ihre Schuldner zu veranlassen, ihnen den Reichsmarkgegenwert gekündigter Hypotheken nach dem Ausland zu überweisen oder zu überbringen.

Das Reichswirtschaftsministerium macht darauf aufmerksam, daß nach den geltenden Devisenvorschriften derartige Zahlungen unzulässig und strafbar sind.

Da Aufforderungen zu unerlaubten Zahlungen vor allem von tschechoslowakischen Gläubigern an deutsche Schuldner gerichtet sein sollen, wird besonders die Bevölkerung des deutsch-tschechoslowakischen Grenzgebietes nachdrücklich davor gewarnt, derartigen Aufforderungen Folge zu leisten.

Osterrückfahrkarten vom 23. März bis 4. April

Wie die Pressestelle der Reichsbahn mitteilt, wird die Reichsbahn im Hinblick auf die günstigen Erfahrungen in der Weihnachtszeit auch zu Ostern Sonntagsrückfahrkarten mit verlängerter Geltungsdauer ausgeben. Die Karten sollen von Mittwoch, 23. März, bis Montag, 4. April, Gültigkeit haben. Außerdem wird Vorsorge getroffen werden, daß zur Erleichterung des Reiseverkehrs in noch stärkerem Maße als zu Weihnachten nach allen beliebten Reisezielen Karten ausgegeben werden.

Schneeschuhe und Rodelschlitten in den Zügen

Bekanntlich dürfen Rodelschlitten und Schneeschuhe in die 3.-Klasse-Abteile der Eil- und Personenzüge mitgenommen werden. Während die Mitnahme in die 3. Klasse-Wagen der Schnellzüge bisher allgemein ausgeschlossen war, hat die Deutsche Reichsbahn diese Einschränkung in einzelnen Bezirken versuchsweise aufgehoben mit dem Vorbehalt, daß die hierfür bestimmten Wagen oder Abteile besonders gekennzeichnet und einzelne Züge ausgeschlossen werden können. Die Deutsche Reichsbahn beabsichtigt für den Fall, daß der Versuch zu einem günstigen Ergebnis führt, allgemein im Wintersportverkehr die Mitnahme von Schneeschuhen usw. in den Schnellzügen (3. Klasse-Wagen) zuzulassen.

Selbsthilfe

Von Dr. Karl Klein, Buchschlag

Vergangene Jahre waren eine Zeit der Kreditinflation. Die hineinströmenden Auslandskredite verleiteten dazu, alles auf Kredit aufzubauen. Das Wirtschaften mit fremdem Gelde gewöhnte daran, sich nicht auf das Notwendige und sogar Notwendigste der kapitalarmen Volkswirtschaft zu beschränken, sondern mit allem ins Große zu gehen und allzu großzügig zu wirtschaften. Im Zuge der reinen Kreditwirtschaft verlernte man mit den eigenen Mitteln hauszuhalten und richtete alles nur auf die Möglichkeiten der Krediterlangung ein. Deshalb gingen auch Inlandsgelder, Inlandskapitalien und alle Kapitalneubildung den Weg der Verwendung im allzu großen. Die Verschuldung stieg außerordentlich. Die Kapitalanspannung steigerte die Zinsen. An Rückzahlung und Rückzahlungsmöglichkeit wurde nicht gedacht. Schließlich schienen die Wasser der Verschuldung über den Kopf zusammenzuschlagen.

Zur Beseitigung der entstandenen großen Nöte darf nicht auf ein Wunder, womöglich auf einen neuen großen Auslandskredit gehofft werden, der doch nicht helfen könnte, weil er das Uebel der Verschuldung mit allen Folgen nur noch steigern würde. In Deutschland muß zur Selbsthilfe geschritten werden. Gegenüber der vorhergehenden Verwirtschaftung im großen, wo nunmehr alles festgefahren ist, muß sie im kleinen und von unten beginnen und muß sich aufbauend nach oben fortsetzen. Sparen, Kapitalneubildung und Entschuldung muß Hand in Hand gehen. Durch die Selbsthilfe müssen die Sparer auch Einfluß auf die Verwendung ihrer Gelder gewinnen. Ein starkes Interesse haben sie daran, daß ihre gesammelten Spargelder nicht der Verwendung im großen und zu ihnen wesensfremden Zwecken anheimfallen. Mit dem für sich selbst zu bewirkenden Besitzerwerb und seiner Entschuldung wird zur Gesundung der Volkswirtschaft und zur Belebung der Wirtschaft beigetragen. Die Selbsthilfe ersetzt die Staatshilfe, die doch wieder von allen getragen werden muß und nur den stark verteuerten Umweg über eine Reihe von Zwischenstationen darstellt. Die Selbsthilfe entlastet den Staat, der dessen dringend bedarf.

Solche Selbsthilfe kann natürlich nicht die des einzelnen sein, die machtlos und wenig wirkungsvoll ist. Es ist der Zusammenschluß zur Selbsthilfe erforderlich. Als gemeinsame Einrichtung muß sie erstehen und als Organisation wirksam werden. Dementsprechend trägt sie einen genossenschaftlichen Charakter. Der neue Aufbau muß von der Zusammenfassung der Sparer ausgehen, die durch ihr Sparen zeigen, daß sie zu wirtschaften verstehen. Ihre Wirtschaftlichkeit muß sich ausbreitend durchsetzen.

Solche Selbsthilfe ist schon vorhanden, ist aus kleinen Anfängen herangewachsen, ist wirksam geworden, breitet sich aus. Es ist die entwickelte Bausparkasse, wie sie in der als Genossenschaft ältesten und größten Bausparkasse Deutsche Bau- und Siedelungsgemeinschaft DBS in Darmstadt hervortritt. Das Sparen bei ihr führt den Sparer zur Erlangung des Eigenheims durch Erstellung oder zum Hauskauf, oder zur Ablösung seiner hochverzinslichen Hypothek durch unverzinsliches Entschuldungsdarlehen. Nach Erlangung des nicht zu verzinsenden Darlehens beginnt die Tilgung durch Ersparung der Mietzinsen oder der hohen vorherigen Hypothekenzinsen. Durch das Sparen kommen die Bausparer zu Besitz und erlangen fortschreitend die Lastenfreiheit des Besitzes. Neue Besitzwerte werden geschaffen und damit neues Kapital gebildet. Aber nicht als verschuldete Objekte werden sie hingestellt, sondern die Entschuldung hat schon eingesetzt. Das Sparen war schon im Voraus erfolgte Entschuldung, die sich nun weiter fortsetzt.

Das Werk der Kapitalneubildung und Entschuldung, der gemeinsamen Selbsthilfe, das hier begonnen, das mit rund 45 Millionen Gesamtdarlehnssumme an rund 3200 der Besitzfreiheit und Entschuldung entgegenschreitende Empfänger einen erheblichen Erfolg schon bedeutet, muß sich weiter fortsetzen, muß in seinem Wirken ein Faktor der Volkswirtschaft werden. Durch solches Sparen gemeinschaftlicher Selbsthilfe werden Tausende von Arbeitern ständig beschäftigt. Es trägt zur Belebung der Wirtschaft bei. Es ist die Grundlage eines neuen Aufbaues, der sich vollzieht, der im Stillen heranwächst. Keine Krise hat ihn unterbrochen. Sicher schreitet er weiter. Gestützt von dem Vertrauen der zusammenwirkenden Sparer war seine Sicherheit nicht beeinträchtigt während stark schwankender und wankender Zeiten. Solche Selbsthilfe muß sich immer weiter ausbreiten, um im Zusammenschluß breiter Kreise zur wirtschaftlichen Gesundung auf dem Boden der Entschuldung durch gemeinsame Selbsthilfe zu führen.

Siedlung gegen Arbeitslosigkeit

Der jetzige Stand des Siedlungs- und Wohnungswesens und die Maßnahmen, die von Seiten der Regierung besonders unter dem Gesichtspunkt der Verminderung der Arbeitslosigkeit in nächster Zeit durchzuführen sind, wurden auf der Reichsausschußtagung des Gewerkschaftsringes in diesen Tagen ausführlich behandelt.

Der Referent, Ministerialdirigent Dr. Wölz aus dem Reichsarbeitsministerium, ging, wie der Gewerkschaftliche Presse-Dienst mitteilt, davon aus, daß die nächsten Jahre uns keinen wesentlichen wirtschaftlichen Aufschwung bringen würden, und daß darum dem Problem der Siedlung — sowohl der Land- als auch der Stadtrand-Siedlung — als ein Weg zur Milderung der Arbeitslosigkeit, größte Beachtung zu schenken sei.

Das Ergebnis fand die folgende Zusammenfassung: „In der Randsiedlung sieht der Gewerkschaftsring eine Maßnahme, deren Ausführung zu einer seelischen und materiellen Milderung der Arbeitslosennot beiträgt. Er begrüßt, daß dabei der freiwillige Arbeitsdienst wirtschaftlich wertvolle Anwendung findet.

Wenn der Gewerkschaftsring anerkennt, daß vorläufig in den Zeiten der heutigen Wirtschaftsnot die Notwendigkeit des Wohnungsbaues hinter der Forderung nach Neu- und Umsiedlung zurücktreten muß, so wird die Anforderung nach neuen Kleinwohnungen zweifellos wieder aufleben, sobald die Wirtschaftsverhältnisse sich wieder bessern. Deshalb wird die öffentliche Hand, Staat und Gemeinden, auch künftig sich der Unterstützung der Wohnungsversorgung für die breiten wirtschaftlich schwächeren Volksschichten nicht versagen dürfen und die Erhaltung eines sozialen Wohnrechts sicherstellen müssen. — Angesichts der Tatsache der für eine weitere erhebliche Zeit zu erwartenden Fortdauer mindestens ungeklärter, wenn nicht schlechter Wirtschaftsverhältnisse, muß die Landsiedlung den Zuzug weiterer arbeitsloser Schichten nach der Stadt durch Festhaltung in ländlichen Eigenbetrieben abhalten und die Entvölkerung des Ostens verhindern.

Die Pläne des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsfinanzministers auf diesem Gebiet werden vom Reichsausschuß des Gewerkschaftsringes lebhaft begrüßt, er erwartet ihre beschleunigte, von bürokratischen Hemmungen freie, zielbewußte Durchführung, um diese bedeutsame Lebensfrage des deutschen Volkes zu einer befriedigenden Lösung zu bringen".

Der Reichskommissar für Preisüberwachung

Apothekerwaren

Ab 1. Februar 1932 wird das bisherige Prinzip der Festpreise und gebundenen Preise in dem Geschäftsverkehr mit Arzneien und Arzneimitteln in starkem Umfange durch den freien Wettbewerb ersetzt werden. Eingeleitet wurde diese Bewegung durch die Aufhebung der gebundenen Einkaufspreise für die Apotheken, die von den pharmazeutischen Fabriken für den größten Teil der Arzneispezialitäten vorgenommen worden ist. Damit wurden für den pharmazeutischen Großhandel seine bisherigen Kalkulationsmethoden grundsätzlich verändert. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat außerdem die bisher üblichen Kalkulationssätze des Großhandels, soweit diese über 16 v. H. lagen, um 10 v. H. verkürzt.

Auf die von den pharmazeutischen Fabriken gebundenen Einkaufspreise der Apotheken haben diese bisher in den meisten Ländern einen Aufschlag von 75 v. H. erhoben. Dieser Aufschlagsatz wird am 1. Februar 1932 voraussichtlich allgemein auf 64 v. H. ermäßigt werden. Außerdem sollen die Apotheker verpflichtet werden, die Aufschlagssätze in Zukunft nicht mehr auf errechnete Preise, sondern auf die tatsächlichen Einstandspreise zu erheben. Gleichzeitig wird die bisherige Auf- und Abrundung auf 5 und 10 Rfg. aufgehoben und die Pfennigrechnung eingeführt. Es ist in Zukunft damit zu rechnen, daß in dem Geschäftsverkehr mit Arzneien und Arzneimitteln sich ein freier Wettbewerb auf einer wesentlich gesenkten Preisbasis entwickeln wird. Die hierdurch ermöglichte Senkung der Preise läßt sich im einzelnen noch nicht zahlenmäßig feststellen. Wegen Herabsetzung der Nacht- und Sonntagstaxe schweben noch Verhandlungen.

Markenartikel

Zur Verstärkung der Kontrolle über die Preisherabsetzung der Markenartikel wurde eine Verordnung zur Kenntlichmachung der Markenartikel ausgearbeitet. Ueber die endgültige Gestaltung schweben noch Verhandlungen.

Emaillewaren

Nach Auflösung der Preisbindungen in der Emaillewarenindustrie sind die Preise unter dem Druck des Konkurrenzkampfes dauernd gesunken. Um zu erreichen, daß die von der Emaillewarenindustrie in der letzten Zeit durchgeführte Preissenkung den Konsumenten zugute kommt, wird die für Emaillegeschirre bestehende Bruttopreisliste zurückgezogen und statt dessen eine Konsumentenliste mit berichtigten Preisen herausgegeben. Die Listen werden in allen einschlägigen Geschäften zur Auslage kommen.

Die Berufsschulpflicht der Handwerkslehrlinge

Das Kammergericht hat vor kurzem eine Entscheidung über die Berufsschulpflicht der Handwerkslehrlinge gefällt. Danach besteht auch für Handwerkslehrlinge gemäß Artikel 145 der Reichsverfassung die Berufsschulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Die Pflicht des Lehrherrn, den Lehrling zum Schulbesuch anzuhalten, besteht über das 18. Lebensjahr hinaus, beschränkt sich aber auf den Fall, daß der Lehrling am Schulbesuch freiwillig teilnimmt. Während ein berufsschulpflichtiger Lehrling unter 18 Jahren von seinem Lehrherrn nötigenfalls durch Strafe zum Schulbesuch angehalten werden müsse, besage §127 der Gewerbeordnung bei solchen Lehrlingen über 18 Jahre, die freiwillig die Berufsschule besuchen, nur, daß der Lehrherr nach Möglichkeit darauf hinzuwirken habe, daß die Lehrlinge die ihnen gebotene Weiterbildungsmöglichkeit ergreifen. Er dürfe dem Schulbesuch keine Hindernisse in den Weg legen. Er verletze namentlich seine Pflicht, wenn er den Lehrlingen für den Fall des freiwilligen Schulbesuches Nachteile, z. B. Lohnabzug, androhe.

Aushungerung der Gemeinden

Der allgemeine Zusammenbruch der mittleren und kleineren Gemeinden droht

Der Vorstand des Reichsstädtebundes tagte unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten, Oberbürgermeister Dr. Belian, in Berlin, um zu den aktuellen Fragen der kommunalen Finanzpolitik Stellung zu nehmen. In einer Entschließung bedauert der Reichsstädtebund, daß trotz seiner wiederholten Anträge die Reichsregierung keinen Anlaß genommen hat, die infolge einer unabsehbaren Lastenvermehrung und eines katastrophalen Einnahmerückganges von Monat zu Monat gesteigerte Finanznot der mittleren und kleinen Städte fühlbar zu mildern. Die Politik der Aushungerung der Gemeinden und einer beschränkten Reichshilfe, bei der die kreisangehörigen Städte praktisch leer ausgehen, sei für die Dauer unerträglich. Die für letztere allein in Frage kommende Unterstützung aus unzulänglichen Ausgleichsfonds, aus denen eine beschränkte Zahl von Städten nach subtilem Nachweis des drohenden Kassenzusammenbruches mit Mühe über Wasser gehalten werde, könne die fortschreitende Zerrüttung der Gemeindefinanzen nicht aufhalten. Wenn nicht unverzüglich Mittel und Wege gefunden würden, um durch eine systematische Vereinfachung der Arbeitslosenhilfe unter angemessener Beteiligung des Reiches an ihren Gesamtlasten die Gemeinden fühlbar zu entlasten, werde der allgemeine Zusammenbruch der mittleren und kleinen Städte öffentlich erkennbar werden. Die Verantwortung für die daraus entstehende Gefährdung der Sicherheit und Ordnung falle den zuständigen Reichsstellen zur Last.

Fernsprechverkehr Deutschland—Griechenland

Am Montag wurde der Fernsprechverkehr Deutschland—Griechenland aufgenommen. Zum Sprechverkehr sind alle deutschen Orte auf griechischer Seite vorerst nur Saloniki (Thessaloniki) zugelassen. Der Verkehr wird über die unmittelbare Fernsprechleitung Berlin—Bukarest und weiter über Sofia geleitet. Im Laufe des Sommers steht auch die Aufnahme des Fernsprechverkehrs mit Athen in Aussicht. — Für ein gewöhnliches Gespräch von 3 Minuten Dauer zwischen der ersten deutschen Zone und Saloniki werden 12,30 Mark erhoben.

Eisenbahnunfälle im Jahre 1931

Nach einer Uebersicht der Deutschen Reichsbahn haben die Eisenbahnunfälle weiter erheblich abgenommen. Die Abnahme beträgt bei einer Gesamtzahl von 2800 Unfällen gegen das Vorjahr 600, d. h. 21 v. H. Die Entgleisungen haben sich mit 285 Fällen in 1931 um 10 v. H. gegen 1930 vermindert. Bei Zugunfällen wurden 1931 zwei Reisende getötet und 410 verletzt, was eine Zunahme um 250 Verletzte bedeutet. Diese Vermehrung ist lediglich auf die große Zahl der Leichtverletzten beim Bahnfrevel bei Jüterbog und darauf zurückzuführen, daß bei Unfällen mit verhältnismäßig geringen Sachschäden jetzt häufiger auch kleinere Gesundheitsschäden angemeldet wurden. Durch eigene Unvorsichtigkeit sind 143 Reisende weniger als 1930 zu Schaden gekommen.

Verlängerung der Anrufungsfrist bei Streitigkeiten über Mietsenkung

Bei der Anwendung der Dritten Preußischen Verordnung über die Mietsenkung vom 11. Januar 1932, wonach bei Streitigkeiten über die Mietsenkung bei Wohnungen in Altbauten das Mieteinigungsamt spätestens bis zum 25. Januar 1932 anzurufen ist, haben sich in der Praxis Schwierigkeiten insofern ergeben, als ein nicht geringer Teil der Vermieter die nach §§ 15, 16 der Preußischen Verordnung über die Mietsenkung in der Neufassung vom 5. Januar 1932 zu machende Mitteilung des neuen Mietzinses dem Mieter erst am 25. Januar d. J. oder noch später oder überhaupt noch nicht zugesandt hat. Dadurch ist dem Mieter die Möglichkeit der fristgemäßen Anrufung des Mieteinigungsamts bis zum 25. Januar d. J. genommen.

Deshalb wird, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, durch eine 4. Preußische Verordnung über die Mietsenkung vom 12. Februar 1932 dem Mieter Gelegenheit gegeben, noch bis zum 1. März 1932 — und für den Fall, daß der Vermieter erst nach dem 25. Februar seine Mitteilung macht, binnen zwei Wochen nach erfolgter Mitteilung — das Mieteinigungsamt zur endgültigen Feststellung der Miethöhe anzurufen.

Das Wetter von heute und morgen

Nach kalter ziemlich klarer Nacht Temperaturen am Tage wieder über Null steigend und meist stark bewölkt. Keine erheblichen Niederschläge, mäßige Winde aus nördlicher Richtung.

Aus Westdeutschland

Eine Kette von Unglücksfällen

Zons a. Rh., 25. Febr. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr geriet auf der Provinziallandstraße Köln—Neuß ein Personenkraftwagen bei Zons in der Nähe des Raffaelhauses ins Schleudern, wodurch ein nebenherfahrender Radler erfaßt und mit großer Wucht beiseitegeschleudert wurde. Der Führer verlor durch diesen unvorhergesehenen Zwischenfall die Gewalt über den Wagen und sauste in einen Straßengraben. Die beiden Insassen, die verhältnismäßig geringe Verletzungen erlitten, verdanken ihr Leben dem Umstand, daß sie durch die Windschutzscheibe geschleudert wurden; denn der Kraftwagen stand im Nu in hellen Flammen und brannte bis auf das Fahrgestell aus. Der Radfahrer wurde durch den Sturz furchtbar mitgenommen; bereits eine Stunde später ist er im Dormagener Krankenhaus gestorben, ohne daß Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

100 Jahre Staatsarchiv in Düsseldorf

Düsseldorf, 25. Febr. Das Staatsarchiv in Düsseldorf kann in diesen Tagen auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken. Die ersten Anfänge des Staatsarchivs liegen zurück bis zum Ausgang des 15. Jahrhunderts, als die verstreuten Einzelarchive der Herzöge von Berg im Schloßturm von Düsseldorf vereinigt wurden. Die Kriegswirren des 18. Jahrhunderts, französische Fremdherrschaft und Säkularisation haben das Landesarchiv schwer getroffen. Die Neuordnung des rheinischen Archivwesens und damit des Düsseldorfer Landesarchivs erfolgte auf Grund des Oberpräsidialerlasses vom 29. Februar 1832. Durch Bismarck als Chef der Archivverwaltung erhielt das Provinzialarchiv im Jahre 1867 die Bezeichnung Staatsarchiv. Das Düsseldorfer Staatsarchiv gilt als unentbehrliches Quellenzentrum, dessen unschätzbare Denkmäler der Vergangenheit es zu einem führenden wissenschaftlichen Forschungsinstitut gemacht haben.

Zollbeamter schwer verletzt

Goch, 25. Febr. Zwei Zollbeamte, die an der deutsch-holländischen Grenze in der Nähe von Goch eine Autokontrolle ausübten, wurden am Mittwoch früh aus einem mit geräuschlosem Motor ohne Licht fahrenden Personenauto beschossen. Dabei wurde einer der Beamten durch einen Schulterschuß, der in die Achselhöhle eindrang und am Rücken wieder herauskam, schwer verletzt. Die dem Schmugglerauto nachgesandten Kugeln prallten wirkungslos ab, da der Wagen offenbar gepanzert ist. Das geheimnisvolle Auto, das in Richtung Goch entkam, hatte bereits vor einigen Tagen rücksichtslos auf jeden ihm begegnenden Zollbeamten geschossen, ohne damals jedoch jemand zu treffen.

Ein Vollziehungsbeamter wird vermißt

Wesel, 24. Febr. Seit Dienstag abend wird ein Vollziehungsbeamter der Ortskrankenkasse Wesel vermißt. Er hat seine Uhr und sonstige Wertsachen zu Hause gelassen und ist, nachdem man ihn gegen 21 Uhr in der Nähe des Rheins und der Lippe gesehen hatte, spurlos verschwunden. Da der Mann in den letzten Tagen schwermütig war, ist anzunehmen, daß er Selbstmord begangen hat. Nachprüfungen, die im Zusammenhang mit seinem Verschwinden selbstverständlich bei der Ortskrankenkasse durchgeführt wurden, haben ergeben, daß dort alles in Ordnung ist.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Hohes Alter

Opladen-Lützenkirchen, 25. Febr. Der frühere Gastwirt und Händler, Herr Jakob Kollbach in Holzhausen, kann heute seinen 87. Geburtstag feiern. Dem noch rüstigen, hochbetagten Mitbürger die besten Glückwünsche!

Autounfall

Opladen, 25. Febr. Gestern nachmittag ereignete sich in der Kölner Straße Ecke Goethestraße ein Unglück, das leicht schlimmere Folgen hätte haben können. Ein Lastwagen, der einen anderen von Köln kommend abschleppte, bremste plötzlich kurz vor der Goethestraße. Der Lenker des abzuschleppenden Lastwagens mußte das Bremsen wahrscheinlich zu spät bemerkt haben, denn er hielt rechts herüber und fuhr dabei auf den Bürgersteig. Dabei wurde ein Mann namens Pfahl von dem rechten Kotflügel erfaßt und gegen den Mast der Straßenbahn geschleudert, der sich gegenüber dem Ehape befindet. Der Mann blieb liegen und wurde in das St. Josefskrankenhaus geschafft. Hier stellte man fest, daß er trotz der ungeheuren Wucht, mit der er gegen den Mast geschleudert worden war, nur leichtere Verletzungen davon getragen hatte.

Zur Dhünnregulierung

Leverkusen-Schlebusch, 25. Febr. Die umfangreichen Regulierungsarbeiten sind seit Montag in ein neues Stadium getreten. Die Unternehmerfirma Böhner hat durch das Weidegelände des Hauses Nazareth eine Feldbahn angelegt, die bis zum Gemeindegelände am Lötzelbach führt. Von dort aus sollen 3000 Kubikmeter Erde zur Dhünn transportiert werden. Die Erde wird zur Aufschüttung der neuen Böschungen zwischen der Brücke des Waisenhauses und dem Hammer Wehr verwendet. Ferner soll der frühere Teich des Hauses Nazareth eingeebnet werden, so daß bei Ueberschwemmungen künftig jede Gefahr behoben ist. Des weiteren soll der neue Uferdamm im kommenden Sommer Gelegenheit zu schönen Spaziergängen bieten, so daß das Praktische mit dem Nützlichen verbunden sein wird.

Gemeinderatssitzung

Monheim, 25. Febr. Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Schürholz fand am Mittwoch-Abend eine Sitzung des Gemeinderats statt, in der der Vorsitzende eine eingehende Erläuterung zu den Heizungsanlagen für die neue Schule gab. Nach eingehender, fast zweistündiger Aussprache wurde dem Vorschlage der Verwaltung entsprechend der Einrichtung der Anthrazitheizung an der neuen Schule zugestimmt. Ueber die durch einen Runderlaß des Innenministers notwendige Aenderung der Hundesteuerordnung wurde beschlossen, auch in Zukunft für einzeln liegende Gehöfte nur für einen Hund Steuerfreiheit zu gewähren, dagegen für weitere Hunde die bisher beschlossenen Sätze weiter zu erheben. Für den Uebergabe-Bahnhof in Langenfeld wurde ein etwa 33 Ar großes Grundstück sowohl von der Reichsbahn wie auch von der Gemeinde für die Kleinbahn benötigt. Dieses Grundstück wurde von der Reichsbahn angekauft. Die Gemeinde muß das von der Kleinbahn benötigte Grundstück anteilgemäß bezahlen. Die Verzinsung und Tilgung des Kaufpreises erfolgt durch das RWE.

Maul- und Klauenseuche in Gieslenberg

Neusrath, 25. Febr. Unter dem Viehbestand des Landwirtes Heinrich Krings, Rheindorfer Straße 169, wurde die Maul- und Klauenseuche festgestellt. Zum Sperrgebiet wurden die Ortschaften Gieslenberg und Mehlbruch, und zwar von der Galkhausener Straße in Langenfeld bis zur Wirtschaft Voßnacke in Mehlbruch erklärt.

Falschgeld

Wermelskirchen, 25. Febr. Bei einer hiesigen öffentlichen Kasse wurde ein falsches Zweimarkstück angehalten und an die Polizeibehörde abgeliefert. Es ist mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1926 versehen. Die Prägung ist nicht schlecht, die Riffelung läßt dagegen zu wünschen übrig. Auch an der Färbung und an dem Klang ist das Falschstück zu erkennen. — Also Vorsicht!

Einbrüche

Wermelskirchen, 25. Febr. Fast täglich werden in unserer Gemeinde Einbrüche gemeldet, so auch aus der vergangenen Nacht, wo Diebe in den Keller des Lebensmittelgeschäftes Me. in Tente eindrangen. Sie verschafften sich durch ein Kellerfenster an der Hinterfront Eingang und öffneten die nach außen führende Falltüre. Anscheinend sind die nächtlichen Gesellen gestört worden, denn sie haben von den dort lagernden Vorräten nichts mitgenommen und sind unter Zurücklassung einer Kombinationszange verschwunden. — In Nüxhausen wurde gleichfalls in ein Lebensmittelgeschäft eingebrochen. Es wurde jedoch nichts gestohlen. Zweifellos handelt es sich um dieselbe Bande, die fortgesetzt hier und in den Nachbargemeinden sich auf gleiche Art betätigt.

Ein Jahr Zuchthaus für einen Hehler

Wermelskirchen, 25. Febr. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Köln hatte sich u. a. der Händler Ernst S. von hier wegen gewerbsmäßiger Hehlerei zu verantworten. Er wird mit dem Fall „Schupowachtmeister Jonas", der bekanntlich viel Staub aufgewirbelt hat, in Verbindung gebracht. S. war seinerzeit von der Kölner Kriminalpolizei hier festgenommen worden. Er kam jedoch nach einiger Zeit wieder aus der Haft. Das Gericht verhängte über ihn eine Zuchthausstrafe von einem Jahr bei sofortiger Verhaftung. Die als Sicherheitsleistung angebotene Kaution von 5000 Mark wurde vom Gericht abgelehnt.

Eine bequeme Art, auf „Jagd" zu gehen

Burg, 25. Febr. Zur Anzeige gelangten drei Personen wegen Jagdvergehens. Sie werden beschuldigt, mehrere Fasanen und einen Hasen erlegt zu haben. Die Beschuldigten bestritten, der Beweis wurde durch Zeugen angetreten. Die zur Rechenschaft gezogenen „Jäger" sind in der Weise vorgegangen, daß sie in der Nähe ihrer Wohnungen Futterplätze anlegten und das Wild dann vom Fenster aus mit einer Kleinkaliber-Büchse erlegten!

Für Hindenburg

Der Westfälische Bauernbund hat einen Aufruf erlassen, in dem er zur Wiederwahl Hindenburgs auffordert.

Ein Briefwechsel zwischen Lettow-Vorbeck und Hindenburg.

Bremen, 24. Februar.

General v. Lettow-Vorbeck-Bremen richtete an den Reichspräsidenten ein Schreiben, in dem er dem Feldmarschall für seine erneute Kandidatur den ehrerbietigsten Dank sagt und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß auf diese Weise dem Vaterlande die über den Parteien stehende Stütze erhalten bleibe. Mit soldatischer Offenheit verbinde er hiermit den Wunsch, daß der Reichspräsident Mittel und Wege finden möchte, die unsere äußeren Fesseln lösen und uns innerpolitisch recht bald aus einer auf die Dauer untragbaren Lage führen.

Der Reichspräsident sprach in einem Antwortschreiben seinen besten Dank aus und wiederholte, daß er seine letzte Kraft dafür einsetzen möchte, die äußeren Fesseln Deutschlands zu lösen und unserem zerrissenen Volk die Einigkeit wieder zu bringen. Auch er sei der Auffassung, daß ein Teil der Verordnungen, die die harte Notwendigkeit der Zeit uns auferlegt habe, für die Dauer nicht tragbar sei und sobald wie möglich wieder abgebaut werden müsse.

Dampfer fuhr gegen einen Brückenpfeiler

Wesel, 25. Febr. Infolge der starken Strömung wurde ein Schleppkahn gegen einen Brückenpfeiler der Rheinbrücke gedrückt, wodurch der Kahn leck wurde. Dem Schleppdampfer gelang es, den Kahn, bevor er sinken konnte, etwa 1300 m weiter auf Grund zu setzen. Ein Teil der Ladung — das Schiff führte Salpeter mit sich — konnte gelöscht werden. Trotzdem ist ein Schaden von über 100 000 Mark entstanden, da das Wasser den größten Teil Salpeter vernichtete.

Beim Spielen erhängt

Bergkamen, 25. Febr. Als die Eheleute Schäfer in einer Mieterversammlung weilten, spielten die drei Kinder im Alter von 12, 6 und 4 Jahren „Aufhängen". Der Zwölfjährige wurde „verurteilt", und seine Brüder legten ihm die Schlinge um den Hals, aus der er sich durch einen unglücklichen Zufall nicht mehr befreien konnte. Der Junge erstickte, bevor ihm Hilfe gebracht werden konnte.

Fensterstürmer in Siegburg

Siegburg, 25. Febr. In der vergangenen Nacht wurden an einem Warenhaus, dessen Betrieb in den nächsten Tagen eröffnet werden soll, elf große Schaufenster zertrümmert. Von den Tätern fehlt jede Spur. — Da es sich um eine jüdische Firma handelt, vermutet man, daß es sich um eine Tat mit politischem Beigeschmack handelt.

Man geht wieder zu Fuß

Aus der Eifel, 25. Febr. In verschiedenen Teilen der Eifel macht sich ein auffälliger Rückgang in der Benutzung von Postkraftlinien bemerkbar. Auch auf den größeren Strecken hat der Verkehr sehr nachgelassen. Die Ursache ist in der außergewöhnlich großen Geldnot der Bevölkerung zu suchen. Weite Entfernungen werden wieder wie vor dem Ausbau der Postkraftlinien zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt. Den Leuten fehlt einfach das Fahrgeld. Bei den Steuerstellen sind die Abmeldungen privater Autos von der Kraftfahrzeugsteuer so zahlreich wie nie zuvor.

Der tausendste Blindenführerhund



Die Potsdamer Ausbildungsanstalt für Blindenführerhunde konnte jetzt den tausendsten Schäferhund, der in der Anstalt als Blindenführerhund ausgebildet worden ist, einem Kriegsblinden zur Verfügung stellen.

Das Neueste

In einer Zelle des Hamburger Untersuchungsgefängnisses beging der Kellner Khul, der im November vor. Jhrs. wegen Ermordung einer Frau zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden war, einen Selbstmordversuch. Er steckte seine Zelle in Brand und atmete die Rauchgase ein. Khul wurde mit schwerer Rauchvergiftung aufgefunden. Erst nach 2 Stunden setzte die Atmung wieder ein.

Nach vielen Schwierigkeiten ist es gelungen, das norwegische Kabinett für die Dauer der Krankheit des Ministerpräsidenten Kolstad umzubilden. Die Ernennungen werden im heutigen Staatsrat erfolgen.

Ein von den polnischen Oppositionsparteien gegen den Sejm-Marschall Switalski eingebrachter Mißtrauensantrag wurde vom Sejm abgelehnt.

Die Bank von Frankreich hat angeordnet, daß angesichts der schlechten wirtschaftlichen und finanziellen Lage der französischen Schiffahrtsgesellschaften die Goldausfuhr aus Amerika nur noch an Bord französischer Schiffe stattfinden dürfe.

Im weiteren Verlauf der Ausschußaussprache im englischen Unterhaus wurde das Einfuhrzollgesetz als Ganzes im Ausschußstadium angenommen.

Am Mittwoch versuchten etwa 60 in Sowjetrußland lebende Bauern den Dnjestr nach Rumänien zu überschreiten. Sie wurden von russischen Grenzwachen überrascht und beschossen. Etwa 40 Tote und Verwundete blieben auf dem Eis des Flusses liegen.

Nach bisher amtlich nicht bestätigten Meldungen aus Nanking soll General Ma ermordet worden sein.

Am Donnerstag-Morgen unternahmen die Japaner einen neuen großen Angriff auf Kiangwan. Die Nachricht, daß die Japaner bereits am Mittwoch Kiangwan erobert hätten, wird vom japanischen Hauptquartier dementiert.

Das chinesische Außenministerium hat beim japanischen Gesandten gegen die Unabhängigkeitserklärung der Mandschurei Einspruch erhoben.

Beim Ausheben eines Grabes verschüttet.

Ratingen, 24. Februar. Auf dem Friedhofe war ein Gärtnergehilfe mit dem Ausheben eines Grabes beschäftigt. Als er die Arbeiten nahezu beendet hatte, stürzten Erd- und Steinmassen von den Seitenwänden auf ihn herab. Friedhofbesucher hörten die Hilferufe und konnten den Verschütteten freimachen. Er mußte ins Krankenhaus überführt werden.

In der Reichsbank bestohlen.

Dortmund, 24. Februar. Ein bei der Edeka-Bank beschäftigter Banklehrling wollte bei der Reichsbank 15 000 Mark einzahlen. Vor dem Schalter wurde er von einem Unbekannten angesprochen, während im gleichen Augenblick eine andere Person aus einer Aktentasche des Lehrlings einen Geldbeutel mit 1000 Mark Silbergeld entwendete. Der Bestohlene verfolgte den Täter und konnte ihm den Geldbeutel wieder entreißen.

Ein Lichtblick.

Bielefeld, 24. Februar. Die Spinnerei Vorwärts hat ihren Betrieb mit 120 Mann wieder aufgenommen. Man hofft, in Kürze auch den Rest der Belegschaft wieder einstellen zu können.

Zwanzig gegen Einen.

Bochum, 24. Februar. Nachts drangen etwa 20 Kommunisten in ein Verkehrslokal der Nationalsozialisten in Langendreer ein. Die Eindringlinge schlugen auf einen anwesenden Gast ein und verfolgten den Flüchtenden bis in seine Wohnung. Es ist gelungen, vier an der Tat beteiligte Personen festzunehmen.

Schwerer Straßenkampf

Steinbombardement und Schüsse auf die Polizei.

Saarbrücken, 24. Februar.

In Hostenbach bei Völklingen kam es zu einem schweren Straßenkampf zwischen Kommunisten und Polizeibeamten. Die Kommunisten hatten ihre Anhänger aus der ganzen Umgegend nach Hostenbach berufen, um ein

Versammlungslokal der Nationalsozialisten zu stürmen.

Um dies zu verhüten, säuberte die Polizei wiederholt die Straßen. Plötzlich erlosch in sämtlichen Straßen das Licht, die Gaslaternen wurden eingeworfen und sofort prasselte ein Steinhagel auf die Polizisten, in dem auch Schüsse fielen. Die Beamten erwiderten das Feuer. Durch fortgesetzte aufrührerische Reden erregt, versuchte die Menschenmasse unter fortdauerndem

Steinwerfen und Schießen das Lokal zu stürmen,

wurde aber jedesmal von der Polizei wieder zurückgedrängt. Erst als die Beamten Verstärkung erhielten, gelang es nach mehrstündigem Kampf, die Säuberung der Straße durchzuführen. Wie bisher festgestellt ist, wurde ein unbeteiligter 25jähriger Mann durch einen Schuß in den Hals schwer verletzt. Zwei Landjäger wurden durch Steinwürfe verwundet. Wieviel Verletzte die Angreifer zu verzeichnen haben, war nicht festzustellen.

Berliner Börse still und zurückhaltend.

Berlin, 24. Februar.

Der Telephonfreiverkehr setzte merkbar zurückhaltend und still ein. Soweit Kurse zu hören waren, lagen sie etwas schwächer. Störend wirkte der schwache Verlauf der Newyorker Börse, insbesondere die matte Haltung der deutschen Bonds in USA., die 1 bis 4 Punkte verloren. Auch Renten lagen schwächer. Verkehrsanleihe ½ Prozent, Reichsbahnvorzüge 1 Prozent niedriger. Im übrigen traf man in den Bank- und Börsenbüros die letzten Vorbereitungen für die Wiederaufnahme des Freiverkehrs in den Räumen der Berliner Börse. Die Banken haben beschlossen, alle Kundenorders nur an der Börse auszuführen. Nur auf ausdrücklichen Wunsch kann eine verspätete Order im telephonischen Nachmittagsverkehr erledigt werden. Die Devisennotierung der Reichsbank wird vorläufig noch in den Räumen der Reichsbank verbleiben. Am Geldmarkt war die Tendenz unverändert.

Deutschlandfahrt 1932

Eine wandernde Automobilausstellung

Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Nord-Hannover, Oldenburg, Westfalen, Rheinland, Baden — insgesamt fast 5000 Prüfungs-Kilometer wurden bis jetzt von den Fahrzeugen der Deutschlandfahrt zurückgelegt.

Ein 60-Tage-Fahrplan

Pünktlich auf die Minute kommen die 18 Prüfungswagen, Personen- und Lastautomobile, in allen Städten an. — Pünktlich auf die Minute erfolgt jeweils die Weiterfahrt, so daß die offiziellen Empfänge tagelang vorher bis ins Einzelne vorbereitet werden können. Ein gedruckter 60-Tage-Fahrplan, in dem alle noch so kleinen Städte, die passiert werden, mit ihren An- und Abfahrzeiten aufgeführt sind, liegt bereits seit Wochen vor: er wird genau von allen Fahrzeugen eingehalten, was am besten die absolute Zuverlässigkeit des Kraftwagens als ideales Beförderungsmittel für Personen und Lasten erneut unter Beweis stellt.

Beispielgebende Gemeinschaftsarbeit

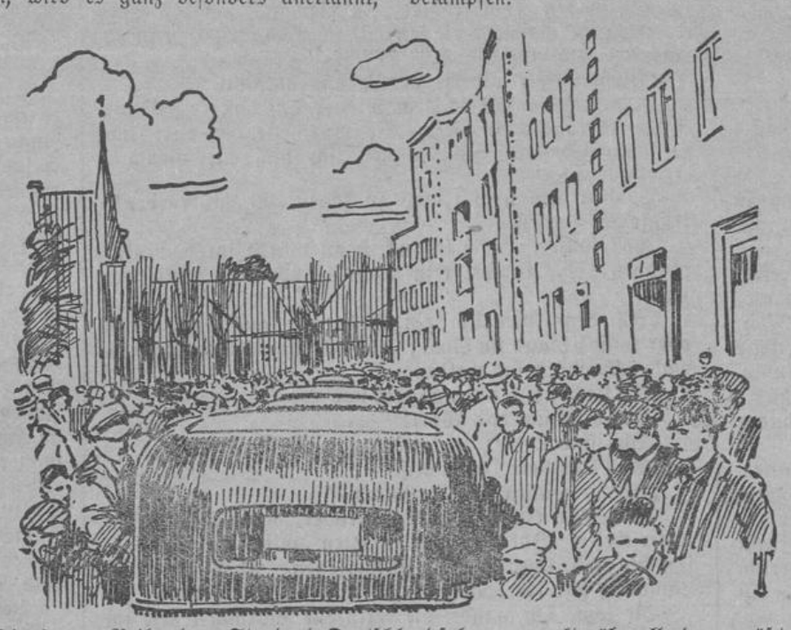
Die Kolonne der rot-weißen Standard-Fahrzeuge, bekanntlich die gleichen Wagen, die bereits an der 30-Tagefahrt auf dem Nürburgring teilgenommen haben, wird überall begeistert von der Bevölkerung begrüßt und offizielle Empfänge der Behörden, der Clubs und der Industrie finden in fast allen Städten statt. Ueberall, vor allem aber in den Grenzgebieten, wird es ganz besonders anerkannt, wie hier durch die beispielgebende Gemeinschaftsarbeit des ADAC, der Standard-Dapolin und der Automobilindustrie tatkräftig versucht wird, die Gesamtwirtschaft zu beleben durch eine Förderung des deutschen Kraftfahrwesens. — In dieser Hinsicht darf man die Deutschlandfahrt — außer als Zuverlässigkeitsfahrt — mit Recht auch als eine Art „Wandernde Automobilausstellung" bezeichnen, wie es kürzlich von einer Seite aus geschehen ist.

Logbücher bei jedem Wagen

Nebel und Regen, Eis und Schnee, Sturm und Sonnenschein, gute und schlechte Straßen, Ebene und Gebirge — nichts kann die Fahrt hemmen oder die Fahrzeuten beeinflussen. Die „Logbücher", wie jeder Wagen ein solches mit sich führt, geben über alle Einzelheiten der Prüfungsfahrt genau Auskunft, über Betriebsstoff-, Oel- und Reifenverbrauch, über Reparaturen (Kosten u. Ersatzteile), über Winterfahrbarkeitsfähigkeit, usw. usw., sie stehen unter der offiziellen Kontrolle des ADAC als neutraler Verbraucher-Verband.

Noch 70 000 Kilometer zu fahren . . .

Insgesamt haben die Deutschlandfahrer noch 70 000 Prüfungs-Kilometer vor sich durch Württemberg, Bayern, Sachsen, Oberschlesien, Pommern, Brandenburg, Thüringen und Hannover. Möge die Fahrt auch weiterhin wie bisher dazu beitragen, Wirtschaftspessimismus und allgemeine Vertrauenskrise erfolgreich zu bekämpfen.



Die lange Reihe der Standard-Deutschlandfahrer erweckt überall das größte Interesse der Bevölkerung am neuzeitlichen Kraftwagen als ideales Transportmittel: Eine Zuverlässigkeits- und Prüfungsfahrt — aber gleichzeitig eine „Wandernde Automobil-Ausstellung".

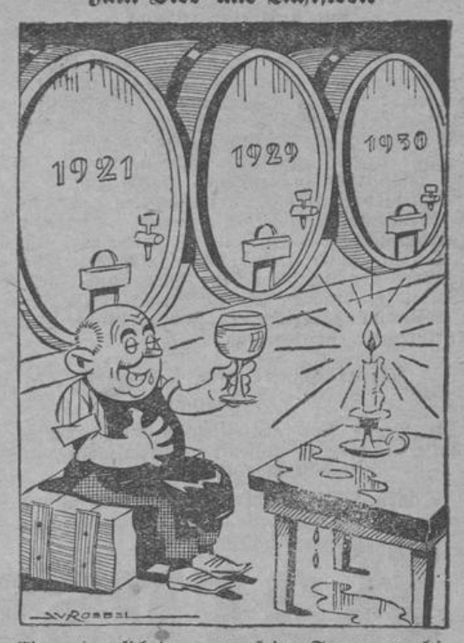


So wie dieser Empfang der Deutschlandfahrer in Lübeck — so begeistert wurde die lange Kolonne der Fahrzeuge auch in allen anderen Städten, die passiert wurden, begrüßt: Ein Siegeszug des deutschen Kraftfahrwesens.

Bierstreik in Berlin

Am Donnerstag-Morgen hat in Berlin der Bierstreik begonnen. Rund 12 000 Gastwirte beteiligen sich.

Zum Bier- und Lichtstreik



Einer, der sich deswegen keine Sorgen macht.

Kölner Telephonverkehr vom 24. Februar.

Das Geschäft im Kölner Telephonverkehr war wieder sehr still. Man wartete allgemein ab, wie sich die Eröffnung des Börsenverkehrs auswirken würde. Die teilweise schwache Haltung der Weltbörsen verstimmte etwas. Kurse waren nur wenig verändert. Farben bis 1 Prozent leichter, Montanwerte ohne besondere Bewegung, Rheinstahl und Mannesmann unverändert. Nur Rheinische Braunkohle gaben vier Prozent nach. Elektromarkt unverändert. Kaliwerte nachlassend. Der Pfandbriefmarkt war ruhig.

Württembergisches Portland-Cementwerk zu Lauffen a. N.

Stuttgart, 24. Februar. Im laufenden Geschäftsjahr entstand ein weiterer Versandausfall in Portland-Zement und Kalk; dagegen konnte der Stromabsatz auf der Höhe des Vorjahrs gehalten werden. Der Reingewinn für 1931 zuzüglich Gewinnvortrag von 254 398 Reichsmark beträgt 519 372 (i. V. 584 398) Reichsmark. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, eine Dividende von 8 Prozent zu verteilen.

Vom Büchertisch

„Rauch an der Ruhr", der durch die Stadt Essen preisgekrönte Roman von dem Dortmunder Felix Wilh. Beielstein liegt nunmehr in seinem ersten Teil im Märzheft von Velhagen & Klasings Monatsheften vor. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß die Preisrichter, unter denen sich neben dem Essener Oberbürgermeister und anderen bedeutenden Männern so hervorragende Sachkenner wie der Dichter Josef Winkler und der Literarhistoriker Friedrich von der Leyen befanden, nicht geirrt haben, als sie dieses Werk auszeichneten und damit einen bisher im Dunkel schaffenden Dichter ans Licht zogen. Es handelt sich in dem Roman um das gewaltige Unternehmen einer Schnellbahn durchs Industrierevier, das nicht etwa von einem Konzern gemacht, sondern durch den Willen eines einzelnen geschaffen wird, der aus der Arbeiterschaft hervorgegangen ist. Dieser erste Teil beweist, wie glücklich es dem Dichter insbesondere gelungen ist, neben den Menschen und Stätten der Arbeit auch die Seele der Landschaft zu erfassen und zu gestalten, eine Ehrenrettung, die manchem die Augen über die Schönheit des als häßlich verschrieenen Industriegebietes öffnen wird. Das Beste an dem Werk ist jedoch der bei vielen erschütterte Glaube an den Segen der Arbeit, an die glückliche Zukunft Deutschlands.

Der 2. Band des „Kleinen Meyer" erscheint Anfang März

Wie uns das Bibliographische Institut in Leipzig mitteilt, gelangt der 2. Band seines neuen dreibändigen Nachschlagewerkes „Meyers Kleines Lexikon" wie vorgesehen in den ersten Märztagen zur Ausgabe. Er umfaßt die Stichwörter Gneisenau bis Pappe. Da sich viele heute eine vielbändige Enzyklopädie nicht mehr leisten können, andererseits die billigen einbändigen Konversationslexika für ernsthaftere Forschungen nicht genügen, werden viele unserer Leser das rasche Vorwärtsschreiten des neuen „Kleinen Meyer" begrüßen. Wir weisen besonders darauf hin, daß der ermäßigte Vorbestellpreis jetzt noch gültig ist.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Unterhaltungsbeilage

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas, Burscheid, Mittelstraße 10

Börsen Märkte Handel

Kölner Ledermarkt
vom 24. Februar.

(Die Preise sind Großhandelspreise aus erster Hand und erster Sortimente. Spezialfabrikate sind nicht einbegriffen.)

Eichenlohg. Rhein. Sohlleder in Hälften 3,80—4,30, do. in Kernstücken 5,60—6,10, Zahm-Vacheleder in Hälften 2,40—2,85, do. in Kernstücken 4,15—5,20, Wild-Vacheleder in Hälften 2,10—2,75, do. in Kernstücken 3,50—4,80, Wild-Vachehälse 2—2,40, Wild-Vacheseiten 1,20—1,60, Spalte lohgar, lissiert in Kernstücken 1,20 bis 2, Blankleder in Hälften, braun 2,90—4,55, Riemenlederkernstücke, kurzgeschnittene 3,65 bis 6 Reichsmark für 1 Kilogramm. Vachetten, gewöhnliche Sorten 5,50—11 Reichsmark für 1 Quadratmeter effektives Maschinenmaß. Besondere Qualitätsleder in Zahm- und Wild-Vacheleder brachten bis 10 Prozent mehr.

Stimmungsbericht: Der Absatz ist der Zeit entsprechend befriedigend.

Kölner Häute- und Fellemarkt
vom 24. Februar.

(Die Preise sind ausschließlich Großhandelspreise für erste Sortimente. Spezialsortimente sind nicht einbegriffen.)

Ochsen, Kühe, Rinder, Bullen bis 29 Pfund Klasse I —, Klasse II 0,20—0,26, do. von 30 bis 49 Pfund 0,22—0,37, 0,18—0,28, Ochsen Kühe, Rinder von 50—69 Pfund 0,25—0,45, 0,18—0,28, do. von 70 Pfund und mehr 0,27 bis 0,40, 0,18—0,28, Bullen von 50—79 Pfund 0,18—0,24, 0,16—0,22, do. von 80 Pfund und mehr 0,18—0,24, 0,15—0,18 Reichsmark. Fresserfelle, gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,20—0,26, Kalbfelle, gesalzen je nach Qualität, Herkunft und Schlachtung 0,27 bis 0,38 Reichsmark für 1 Pfund Frischgewicht. Roßhäute, gesalzen, bis 219 Zentimeter lang 3 bis 5, Roßhäute, gesalzen lang aufwärts 220 Zentimeter 7,50—9 Reichsmark für 1 Stück.

Stimmungsbericht: Die Zurückhaltung im Auktionsverkehr wirkt sich auch im Handel aus.

Kölner Häuteauktion
vom 24. Februar.

Die Kölner Häuteauktion im Hotel Reichshof war gut besucht, auch von Vertretern ausländischer Firmen. Man befleißigte sich allgemeiner Zurückhaltung. Die Gebote erfolgten zögernd. Einige Posten blieben ohne Gebot, während andere zurückgezogen wurden, weil die Gebote zu gering waren. Die Preise der Vorauktion wurden nicht erreicht.

Klasse 1 ohne Kopf: Ochsen, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 25, 50 bis 79 Pfund 35 zurück, 80 Pfund und mehr ohne Gebot. Ochsen, beschädigt 30 bis 49 Pfund 23, 50 bis 79 Pfund 32 zurück, 80 Pfund und mehr 25 bis 27 zurück; Kühe, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 24 zurück, 50 bis 79 Pfund 30 bis 32 zurück, 80 Pfund und mehr 31½ zurück, Kühe beschädigt 30 bis 49 Pfund 20 zurück, 50 bis 79 Pfund 28 bis 29 zurück, 80 Pfund und mehr 29 zurück; Rinder, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 22 zurück, 50 bis 79 Pfund 35 zurück, Rinder, beschädigt 30 bis 49 Pfund ohne Gebot, 50 bis 79 Pfund 32½; Stiere, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 23, 50 bis 79 Pfund 25, 80 Pfund und mehr 23, Stiere, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 21½, 50 bis 79 Pfund 23, 80 Pfund und mehr 22. — Klasse 2 ohne Kopf: Ochsen, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 22 zurück, 50 bis 79 Pfund ohne Gebot, 80 Pfund und mehr 28 zurück, Ochsen, beschädigt 30 bis 49 Pfund 20 zurück, 50 bis 79 Pfund 26, 80 Pfund und mehr 26 zurück; Kühe, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 19, 50 bis 79 Pfund 19 bis 23, Kühe, beschädigt 30 bis 49 Pfund 18½ bis 19,20 teils zurück, 50 bis 79 Pfund 18½ bis 21½, 80 Pfund und mehr 20; Rinder, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 22 bis 23, 50 bis 79 Pfund 24, Rinder, beschädigt 30 bis 49 Pfund 21½ bis 22, 50 bis 79 Pfund 22; Stiere, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 17 bis 18, 50 bis 79 Pfund 18½—20, 80 Pfund und mehr 15, Stiere, beschädigt 30 bis 49 Pfund 16 bis 16½, 50 bis 79 Pfund 16½, 80 Pfund und mehr 14. — Klasse 2 mit Kopf: Ochsen, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 22, 50 bis 79 Pfund 26, 80 Pfund und mehr 24, Ochsen, beschädigt 30 bis 49 Pfund 20, 50 bis 79 Pfund 23, 80 Pfund und mehr 22½; Kühe, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 19 bis 20, 50 bis 79 Pfund 19 bis 21, Kühe, beschädigt 30 bis 49 Pfund 18½, 50 bis 79 Pfund 19 bis 20½, 80 Pfund und mehr 18. Rinder, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 21 zurück, 50 bis 79 Pfund 21, Kühe, beschädigt 30 bis 49 Pfund 20 bis 21, 50 bis 79 Pfund 20; Stiere, unbeschädigt 30 bis 49 Pfund 16¾, 50 bis 79 Pfund 16, 80 Pfund und mehr 15, Stiere, beschädigt 30 bis 49 Pfund 15¾, 50 bis 79 Pfund 15, 80 Pfund und mehr 14. — Leichte Häute bis 29 Pfund: Klasse 1 und 2 unbeschädigt ohne Kopf 16 zurück, mit Kopf 15, beschädigt ohne Kopf 16 zurück, mit Kopf 15. — Kalbfelle: 1. und 2. Klasse alle Gewichte mit Kopf bis 9 Pfund 31 teils verkauft, über 9 Pfund 28 bis 29 teils verkauft, ohne Kopf bis 9 Pfund 40 teils verkauft, über 9 Pfund ohne Gebot.

Verlustabschluß der Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke AG., München.

München, 24. Februar. Die staatseigene Gesellschaft konnte in dem am 30. September 1931 abgelaufenen Geschäftsjahr in Kohle und Salz den Absatz im wesentlichen behaupten; bei den eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Werken ging er auf die Hälfte und darunter zurück. Der Abschluß zeigt einen vorzutragenden Verlust von 0,30 Millionen Reichsmark nach Aufteilung des Gewinnvortrags und unter Verwendung einer beträchtlichen Rückzahlung des bayerischen Staates aus der vorjährigen Dividende in Höhe von 0,14 Millionen Reichsmark.

Karussell um Gisela

Roman von Bodo M. Vogel — **Copyright by M. Feuchtwanger, Halle (Saale)**

10

Frau Ringellach wollte Gisela Norden nicht mehr bei sich behalten, nachdem der Betrug ihres Stiefvaters aufgedeckt worden war. Fräulein Norden wollte mich unter keinen Umständen verlassen und war sofort bereit, mit mir nach Paris zu fahren. Sie benutzte sogar einen falschen Paß, den ich ihr besorgt hatte. In Marseille versteckte sich Fräulein Norden auf meinen Rat im Schiff, um der strengen Abfahrtkontrolle zu entgehen. Gisela Norden betonte immer, daß sie sich auch in Buenos Aires nicht von mir trennen wollte."

Der Untersuchungsrichter blickte auf und sah Gisela in die Augen. „Stimmt das?"

„Ja."

„Sie besuchten tatsächlich das fragliche Tanzlokal?"

„Ja."

„Sie sind minderjährig?"

„Ja."

„Sie wollten fort von Berlin?"

„Ja."

„Wußten Sie, daß der Paß nicht für Ihre Person bestimmt war?"

„Ja."

„Wußten Sie, daß Paris und schließlich Buenos Aires Ihr Reiseziel war?"

„Ja."

„Begaben Sie sich denn freiwillig auf den Dampfer ‚Tritonia'?"

„Ja."

„Danke, das genügt! Ich bedaure es unendlich in Ihrem eigenen Interesse, im Interesse Ihrer Zukunft, Fräulein Norden, Ihnen jetzt Unannehmlichkeiten bereiten zu müssen. Das Gesetz zwingt mich, jetzt einen Haftbefehl gegen Sie zu erlassen und Ihre Aussagen der Staatsanwaltschaft zuzuleiten."

„Aber Herr Untersuchungsrichter, ich wußte nicht, was man mit mir anfangen wollte. Ich war wohl leichtsinnig, aber nicht schlecht. Ich hatte Angst wegen meinem Vater."

„Sie wußten nicht, was in Buenos Aires auf ein junges Mädchen wartet?"

„Nein, ich dachte, ich würde eine Anstellung bekommen. Frau Ringellach und Sonja hatten es mir fest versprochen. Erst nachher habe ich die volle Wahrheit erfahren."

Der Untersuchungsrichter lächelte und erwiderte kurz: „Es steht Ihnen frei, diese Punkte später vor Gericht zu Ihrer Verteidigung anzuführen. Meine Aufgabe ist hiermit erschöpft."

Er klingelte, ein Justizwachtmeister trat ein. „Führen Sie das Mädchen ab! Hier sind die Personalien und der Haftbefehl. Dann der nächste Fall."

Gisela suchte zu protestieren; aber der Wachtmeister faßte sie am Arm und zog sie hinaus. Erst vor der Tür fiel es ihr ein, wie ungeschickt sie sich benommen hatte. Sie wollte schreien, daß sie schuldlos sei, daß alles auf einem Mißverständnis beruhe.

Aber dazu war es schon zu spät.

17. Kapitel.
Vor dem Jugendgericht.

Der Prozeß gegen Gisela Norden fand schon, von dem Hauptverfahren getrennt, wenige Tage später vor dem Jugendgericht statt. Die Verhandlung war die vierte an diesem Vormittag. Fünfzehn Minuten standen nur zur Verfügung, um über Menschenschicksale zu entscheiden. Die Verbrechensziffer der Jugendlichen, besonders in Berlin, schlägt allmonatlich ihre eigenen Rekorde. Ein bleicher, junger Bursche, erst fünfzehn Jahre alt, Mitglied einer der berüchtigten „Kinder-Cliquen", hatte sich wegen Ladendiebstahls zu verantworten. Der Fünfzehnjährige, schon einmal vorbestraft, aus der Erziehungsanstalt entflohen, allen Lastern bereits verfallen, verteidigte sich mit allen Kniffen des Berufsverbrechers. Urteil: drei Monate Gefängnis.

„Führen Sie die Gisela Norden vor", sagte der Gerichtsvorsitzende zu einem Justizwachtmeister.

Sie kam herein, nein, sie schwankte in die Anklagebank. Acht Tage Haft tun mehr an einem blühenden jungen Leben als alle menschlichen Tragödien zusammen, die graue Haare machen. Gisela war nervös, bleich, sah übernächtig aus. Die ungewohnte Umgebung, die grauen, eintönigen Wände des Saales lähmten all ihre geistigen Kräfte. Ihre Augen glitten, abwesend, scheu und fast feindselig, über die Regisseure dieser Fünfzehn-Minuten-Tragödie, in der sie die passive Hauptrolle zu spielen hatte.

„Gisela Norden", sagte der Gerichtsvorsitzende, nachdem er die Personalien verlesen hatte, „der Verdacht der Mittäterschaft in der Affäre Ihres Stiefvaters ist fallen gelassen worden. Bleibt die Tatsache, daß Sie mittels eines Passes, der inzwischen als gefälscht festgestellt wurde, in das Ausland geflüchtet sind. Was haben Sie zu Ihrer Entschuldigung anzugeben?"

Gisela stand auf.

„Ich wiederhole, was ich schon gesagt habe: Ich wußte nicht, welchen Zweck die Reise hatte."

„Die Aussage ist belanglos", warf der Staatsanwalt ein, „und hat nur strafmildernde Bedeutung. Die strafbare Handlung steht eindeutig fest und wird auch von der Angeklagten nicht bestritten. Sie bediente sich eines falschen Passes, um in das Ausland zu flüchten. Ich beantrage eine Gefängnisstrafe unter Zubilligung mildernder Umstände."

Gisela machte ein so hilfloses Gesicht, daß der Vorsitzende in den Saal fragte: „Ist niemand von den Verwandten da, der über die Angeklagte noch etwas zu sagen hätte?"

‚Niemand", erwiderte der Urkundenbeamte.

„Tja." Man sah es dem Richter an, daß er Giselas Sache für verloren hielt. Sie murmelte ein paar ungeschickte Entschuldigungen vor sich hin, die niemand recht verstand.

„Haben Sie noch etwas zu sagen, Gisela Norden?" fragte der Vorsitzende.

Was sollte sie noch sagen? Man würde ihr doch nicht glauben! Sie brachte kein Wort hervor und senkte den Kopf.

„Ist denn vielleicht ein Bekannter aus dem Hause oder sonst jemand im Saal?" rief der Vorsitzende noch einmal. „Er möge sich melden..."

Ein Herr stand auf und trat vor.

„Ich bitte um das Wort!"

„Wer sind Sie?"

„Will Lambert, Journalist."

„Ah... Haben Sie Vollmacht?"

Er reichte ein Schriftstück herüber, das Gisela sofort unterschrieb. Ihre Augen glänzten unter Tränen. Sie schämte sich über dieses Wiedersehen. Aber die Nähe Lamberts gab ihr doch Kraft, Selbstbewußtsein, Mut.

Sie setzte sich gerade, die verlorene Haltung kehrte ihr wieder.

„Was haben Sie zu sagen?" fuhr der Vorsitzende fort.

In wenigen klaren Worten skizzierte der Journalist das Martyrium, das die junge Angeklagte in den letzten Wochen hatte durchmachen müssen. Lambert erzählte von ihrem Stiefvater, von den Brutalitäten, mit denen er sein Kind statt mit Liebe bedachte. Von der Flucht aus der Wohnung, von dem Hunger, von dem Zusammentreffen mit Frau Ringellach und Sonja Devreczy, die in gemeiner Weise die Notlage des hilflosen Mädchens ausbeuteten.

Will Lambert vergaß auch nicht, ein kurzes Charakterbild der Angeklagten zu entwerfen. Er nannte sie trotz ihrer siebzehn Jahre ein Kind, das den Dingen der Welt mit einem naiven Vertrauen gegenüberstände; das gerade, weil es nicht schlecht sei, mit blinden Augen in das Verhängnis hineingerannt sei. Der Reporter bat um Freispruch, da Gisela nicht das Bewußtsein, eine strafbare Handlung zu begehen, gehabt habe. „Hoher Gerichtshof", schloß Lambert, „das Mädchen, das dort sitzt, ist keine Schuldige, sondern ein Opfer. Das Gesetz muß in diesem Falle eine Ausnahme anerkennen."

Nach der Erfüllung einiger Formalitäten zog sich das Gericht zur Beratung zurück. Lambert erhielt von dem Staatsanwalt die Erlaubnis, mit seiner Schutzbefohlenen zu sprechen. Er redete ihr Mut ein und suchte sie davon zu überzeugen, daß ein Freispruch so gut wie gewiß sei. Sie antwortete wenig, weil sie sich schämte, laut vor den Leuten zu sprechen; aber ihre Augen hingen an Lamberts Lippen.

Sie trank seine Worte in sich hinein, sie fühlte sich geborgen in seiner Nähe, und sie glaubte schließlich selbst, daß noch alles gut würde.

Die Richter kamen zurück. Gisela stand zitternd vor Erregung auf.

„Das Gericht", begann der Vorsitzende, „ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß Gisela Norden zur Zeit der ihr zur Last gelegten Tat noch keine Strafmündigkeit besaß. Aus diesem Grunde gelangte das Gericht zu einem Freispruch..."

Ah! Lambert atmete erleichtert auf. Gisela trat an ihn heran, drückte ihm die Hand. Freudentränen liefen ihr über die Wangen. Der Vorsitzende des Gerichts aber fuhr fort:

„...überweist aber die Angeklagte, um sie vor der Gefahr der Verwahrlosung zu schützen, der Fürsorge, die sie bis zu ihrer Volljährigkeit in einer geeigneten Anstalt unterzubringen hat."

Will Lambert brachte kein Wort hervor. Zwei Sekunden lang begriff Gisela die Fürchterlichkeit dieses Nachsatzes nicht. Dann klammerte sie sich mit einem Aufschrei an den Reporter und wehrte sich mit Händen und Füßen, als sie die Justizwachtmeister abführen wollten.

Es war eine herzbrechende Szene, als man das Mädchen aus dem Saale trug. Gisela schrie, tobte und wehrte sich aus Leibeskräften.

„Hilfe! Hilfe! — Herr Lambert! — Herr Lambert — Lassen Sie mich los! — Mama! — Will — Mama..."

Ihre Schreie verklangen hinter der Tür, als schon die nächste Verhandlung gegen eine sechszehnjährige Diebin begann und Will Lambert seine Arme senkte und wie betäubt, von der grausamen Wirklichkeit überwältigt, wortlos aus dem Saale taumelte.

18. Kapitel.
Ein paar Briefe.

„Meine liebe Gisela! Wenn Sie diesen Brief bekommen, liegt die erste schreckliche Nacht, die Sie in der Anstalt verbrachten, hinter Ihnen. Ich sehe Ihr liebes Gesicht, Ihre traurigen Augen vor mir, ich sehe die kahlen grauen Wände, die Gitter vor den Fenstern — ich finde keine Worte, um Ihnen auszudrücken, wie niedergeschlagen ich bin. Was soll ich Ihnen schreiben? Ich denke nur an Sie, ob Sie sich einpassen können in diese fremde, feindliche Umgebung. Ich denke an Ihre Zukunft... Ich bin, liebe Gisela, fest entschlossen, Ihnen zu helfen. Haben Sie Vertrauen und Geduld. Ich werde Sie nicht im Stich lassen, denn erst jetzt erkenne ich, wie gern ich Sie habe. Ich könnte alles für Sie opfern... Schreiben Sie mir, ob ich Ihnen gefalle, ob Sie mich — heiraten wollen. Zwar bin ich zwanzig Jahre älter als Sie — aber war ich nicht immer gut zu Ihnen? Verstanden wir uns nicht vom ersten Augenblick an? Es ist wirklich mein Ernst. Schreiben Sie mir, ob Sie mich gern haben... Ich werde dann das Aufgebot bestellen, und man muß sie sofort entlassen. Das ist der einzige Weg, um Sie zu retten. Schreiben Sie mir bald, noch heute!

Vergessen Sie alles Traurige! Fassen Sie Mut! Es umarmt Sie herzlichst, es denkt nur an Sie

Ihr treuer Will.

Will Lambert las den Brief noch einmal durch, steckte sich eine Zigarette an, stand auf, ging nervös im Zimmer auf und ab, las den Brief ein zweites Mal.

War es nicht das höchste Ziel des Lebens, Opfer zu bringen und andere dadurch glücklich, froh und frei zu machen? Und wenn es auch nur ein verlorenes, armes Menschenkind war? Oder gerade deswegen? Will Lambert war entschlossen, diesen Weg zu gehen.

Aber war Giselas Einverständnis so durchaus gewiß? Nahm sie seine Handlungsweise ernst? Glaubte sie an seine Liebe? Oder vermeinte sie, daß alles nur ein Vorwand war, um sie aus der Anstalt zu befreien?

Hier zeigten sich Schwierigkeiten, die Will Lambert im ersten Augenblick nicht bedacht hatte. Er kam nicht zur Ruhe mit seinen Gewissensqualen. Uebrigens, fiel ihm plötzlich ein, wurden ja alle Briefe für Fürsorgezöglinge von der Anstaltsverwaltung vorher gelesen. Unter Umständen erhielt Gisela das Schreiben gar nicht. Und sollte Will Lambert sich mit seinen vierzig Jahren lächerlich machen?

Er drückte seine Zigarette im Aschenbecher aus; dann nahm er den Brief, zerriß ihn in Stücke und setzte sich wieder zum Schreiben hin.

„Liebe Gisela!", lautete diesmal der Brief. „Wenn Sie diese Zeilen bekommen, liegt die erste schreckliche Nacht, die Sie in der Anstalt verbrachten, hinter Ihnen. Verlieren Sie nicht den Mut, haben Sie ein wenig Geduld! Ich setze alles daran, um Ihnen zu helfen. Mehr kann ich Ihnen augenblicklich nicht sagen. Vergessen Sie inzwischen nicht Ihren Will Lambert."

Als der Reporter den Brief in den Kasten steckte, war Gisela Norden schon unterwegs nach der Fürsorgeanstalt, die, einige fünfzig Kilometer von Berlin entfernt, in einer Kleinstadt der Mark liegt.